

Folkemagazin für Schlesien

zu den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Rundfunk“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer“

Bezugspreis: Die „Folkemagazin“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Erschließung: Blumstraße 4/6 durch die Verhandlungen des „Folkemagazin“, Neue Graupenstraße 6 und Friedr. Wilhelmstr. 106, Wohlthäuserstraße 155 sowie durch alle Buchläden zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0,42 Rmk. + 8 Pf. Trägergebühr. — 0,50 Rmk. monatlich 1,75 Rmk. + 25 Pf. Frachtkosten. 2,10 Rmk. Durch die Post einzeln Zustellungsgebühren 2,40 Rmk.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle: Breslau 2

Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle 21737, Redaktion 21738

Postcheck-Konto: Postcheck-Amt Breslau Nr. 5852.

Banckonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Fil. Breslau

Anverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgeliefert, wenn Rückporto beilegt

Anzeigenpreis: 10 Pf. ausserdem 17 Pf. Anzeigen unter 10 Pf. 70 Pf. Familienanzeigen, Stellenangebote, Stellenangebote, Vereins-, Versammlungs- und Wohnungs-Anzeigen 10 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das Seite Wert 4 Pf. Anzeigen für die nächste Ausgabe müssen bis vor mittags 12 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Erschließung Blumstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Neues Ultimatum der Heimwehr

Sie will die Staatsgewalt erobern

Wien, 22. Mai. (Eigener Funkbericht)

Das von dem Bundeskanzler schon vor Wochen ankündigte Entwaffnungsgesetz droht einen schweren Konflikt zwischen der Regierung und der Heimwehr herbeizuführen. Schober hat in den letzten Tagen wiederholt mit der Heimwehr über die in Aussicht genommene Entwaffnung aller Verbände verhandelt. Am Mittwoch erklärte die Heimwehrleitung, ihre Zustimmung zu dem Gesetz nur unter der Voraussetzung geben zu können, daß das österreichische Innenministerium mit einem Vertretermann der Heimwehr besteht und ebenso das Amt des Wiener Polizeipräsidienten künftig von einem Heimwehrmann verwaltet wird. Wörtlich heißt es in dem Ultimatum der Heimwehr:

„1. Die Staatsregierung führt unter Mitwirkung der Heimwehr die Entwaffnung der staatsfeindlichen Organisationen durch.

2. Für die Zeit dieser Entwaffnungsmahnahmen übernimmt

ein von der Bundesführung vorgeschlagener Vertrauensmann des Ministeriums des Innern, das diese Entwaffnungsmahnahmen als oberste Behörde leitet. Ebenso wird der Posten des obersten Beamten, dem die Angelegenheiten von Polizei und Gendarmerie unterstehen, mit einem Vertrauensmann der Heimwehr besetzt. Unter anderen Voraussetzungen als den oben genannten und zu einem anderen Zeitpunkt als nach volliger Durchführung der Entwaffnung der Staatsfeinde kann die Bundesführung der Heimwehr niemals ihre Hand zu irgendwelchen gesetzgeberischen Maßnahmen hinsichtlich der Entwaffnung reichen, mögen dieselben noch so harmlos scheinen.“

Es verlautet, daß Schober dem Ansinnen der Heimwehr ablehnend gegenübersteht und die beabsichtigte Einmischung unter keinen Umständen dulden will. Die österreichische Regierung wird sich mit den Heimwehrforderungen voraussichtlich noch heute befassen. Die Lage ist äußerst gespannt

Gandhi über seine Politik

Unterredung mit einem Vertreter des „Daily Herald“

London, 21. Mai. (Eigener Funkbericht)

Der nach Indien entsandte Vertreterhalter des „Daily Herald“, Slcombe, hat als erster Besucher seit der Verhaftung Gandhis die Erlaubnis erhalten, den Führer der indischen Freiheitsbewegung aufzusuchen und hat zwei längere Unterredungen mit ihm gehabt, die insgesamt vier Stunden dauerten. Die Unterredungen haben in Anwesenheit dreier britischer Justizbeamten stattgefunden. Die erste Unterredung begann mit einem Gedanken austausch über die britisch-indischen Beziehungen. Die Korrespondenz des „Daily Herald“ fragte Gandhi, was er denn unter seiner Unabhängigkeitserklärung verstehe. Meinte er damit Dominion-Rang oder forderte er völlige Trennung von Groß-Britannien? Die Antwort Gandhis lautete: „Ich habe immer gehört, daß man in England mit dem Begriff Dominion-Rang Unabhängigkeit verbinde. Indische Behörden sind jedoch nicht dieser Meinung. Wenn also die Forderung nach Unabhängigkeit im Gegensatz zur Forderung nach Dominion-Rang von Seiten der Behörden verfolgt wird, so fordern wir selbstverständlich Unabhängigkeit.“

Auf die Frage, ob nach Gandhi die britischen Dominions, wie Kanada und Südafrika nicht in allen wesentlichen Punkten unabhängig seien, antwortete Gandhi: „Indien wird nicht die gleiche Stellung angebieten.“

Der Korrespondent erkundigte sich hierauf bei Gandhi, ob er bei Beginn der Widerstandsbewegung alle Gefahren in Rechnung gestellt habe, die sich heraus ergeben müssten, worauf Gandhi betonte, daß Risiko sei berechtigt gewesen. Niemals sei etwas Großes ohne Gefahren erreicht worden. Trotzdem habe Gandhi seiner schweren Erfahrung über die Gewalttätigkeiten in Scholapur Ausdruck verliehen. Er sei jedoch fest davon überzeugt, daß die Gewalttätigkeiten nicht von seinen eigenen Anhängern ausgegangen seien. Diese hätten den Befehl gegeben, alles, selbst Gewalt zu ertragen, ohne Widerstand zu leisten.

Auf die Frage, ob nach Gandhis Auffassung die britisch-indische Regierung überhaupt eine Niederlage auf sich nehmen könne, schaltete Gandhi und betonte ausdrückend, daß er in den 10 Jahren seines Kampfreichen Lebens oft beschuldigt worden sei, das unmöglichste zu ertragen, daß er in Wirklichkeit jedoch diese Auffassungen aber widerlegt habe. Gandhi erklärte, daß er nicht gegen den Verhandlungspartner sei. Falls die Regierung wirklich die Wünsche Indiens zu erfüllen trachte, müsse sie die elf Punkte bewilligen, die er in seinem Brief an den Vizekönig aufgestellt habe.

Solang die Wünsche nicht erfüllt sind, werden wir bis zu Ende kämpfen, und wenn es sein muß — unser Leben für die Freiheit Indiens geben.

Von fachlich weitauß größter Bedeutung war die zweite Unterredung mit Gandhi. Aus ihr ging hervor, daß Gandhi bereit ist, den indischen Nationalkongress, Einstellung der passiven Resistenz und der Beteiligung Indiens an der geplanten gemeinsamen englisch-indischen Konferenz zu empfehlen, wenn folgende Bedingungen erfüllt werden:

1. Das offizielle Arbeitsprogramm der gemeinsamen Besprechungen, das als Punkt der Tagesordnung Schaffung einer Verfassung enthält, durch die Indien alle wesentlichen Elemente der Unabhängigkeit gewährt werden.

2. Die Salzsteuer muß abgeschafft, Auszank homologen Alkohols verboten und die Einfuhr ausländischer Stoffe unterliegt werden.

3. Die politischen Gefangenen müssen gleichzeitig mit der Einstellung der passiven Resistenz amnestiert werden.

4. Die übrigen sieben Punkte seines Briefes an den Vizekönig müssen erfüllt werden.

Diese sieben Punkte schließen u. a. Abchaffung der politischen Sondergehegebung sowie die Halbierung der Ausgaben für die bewaffnete Macht in Indien ein.

Der Korrespondent des „Daily Herald“ schließt seinen Bericht mit der Warnung an die Behörden, die Lage müsse zu einer Katastrophe führen, wenn die indische Regierung weiter in ihrem tragischen Verlust verharre. Gandhi und den Indischen Nationalkongress für eine zu vernachlässigte Gruppe zu halten. Ihm ist überzeugt, daß eine verhältnismäßige Einstellung der Behörden mit der Persönlichkeit Gandhis beantwortet wird. Gewalt wird jedoch niemals die Kapitulation der einen oder anderen Seite bewirken.

Neues Ringen in Indien

Der neue Marsch zum Salzdepot. — Frau Naidu verhaftet

London, 21. Mai. (Eigener Drahtbericht)

Ausgerüstet mit Verriegelungsschlüsseln für zwei Tage und mit den zur Niederklegung des Stacheldrahtes um das Salzdepot nötigen Instrumenten, begannen 2000 Anhänger Gandhis am Mittwoch beim Morgengrauen ihren Marsch vom Salzdepot von Untadi nach dem Salzdepot von Dharasana. Deren Teilnehmer, an dem Zug er teilte, Austritt lautete, das Salzdepot „ohne Rücksicht auf die Folgen“ in Besitz zu nehmen.

Die Kührerin, Frau Naidu, begleitete den Zug. Die freiwilligen wurden nahe dem Salzdepot von hunderten Polizisten mit Knüppeln angehalten. In dem folgenden Ringen teilten sich die Angriffe in zwei Züge, die getrennt vorgezogenen. Einem der Züge gelang es, den Drahtzaun zu erreichen und die Widerstandsbewegung nach den Soldaten zu werfen und eine Brücke in den Raum zu schlagen. Der Polizei gelang es, solche zu errichten.

Die nächsten 24 Stunden lang dauerte das Ringen an. In diesem Zeitraum wurden 100 Polizisten verletzt und 2000 Menschen verhaftet wurden. Die Polizei bestreite dies jedoch nicht mit.

Die Kührerin, Frau Naidu, sowie Gandhi, Sohn Manu und das einzige Mitglied der Familie Gandhi, das sich noch auf freiem Fuß

Neue Quertreibereien gegen die Räumung

Ministerpräsident Lardieu und Außenminister Briand haben am letzten Sonnabend dem deutschen Botschafter in Paris die seierliche Verabschiedung abgegeben, daß das Rheinland pünktlich am 30. Juni 1930 vom letzten französischen Soldaten geräumt sein werde. Mit dieser Verabschiedung aber haben sie, wie der Korrespondent des „Sternes“ in Paris erfährt, die Militärparteien in ihrem Widerstand gegen die Rheinlandräumung noch keineswegs endgültig entwaffnet.

Im Lager der französischen Militärs wird behauptet, daß der Räumungsbefehl dem Kriegsminister Maginot nur unter schwierigem Druck abgerungen worden sei, doch aber trotz alledem die Durchführung der Räumungsaktion leichtestens möglich sei. Es sei natürlich leicht, durch Detret zu verhindern, in welche Garnisonen die einzelnen Regimenter abtransportiert werden sollten. Damit sei aber weder der Umgang des Materials vollenbar, noch leben Wohnungen für die Offiziere und die verheirateten Unterkoffiziere gefunden. Man hätte sich deshalb nicht wundern, wenn in leichter Augenhöhe angesichts der Räumung mehr beim Druck, noch beim Beamtentum, noch beim Kaiseramt ernstlich in Frage käme. Andere Verbrauchsgüter, die

Wurd, in Gewagtem. Großes Ende hatte im Verlauf der Kämpfe eine Verletzung erlitten. Die Führung der indischen Überhauptbewegung ist nunmehr an den großen Patel übergegangen, der vor Furcht um die Zukunftsfähigkeit der indischen Gesellschaft beständig aufzugehen hat, um sich mit Gedanken selbst zu entbinden.

Nach den letzten eingetragenen Meldungen ist der große Krieg auf das Gelände Dhaka noch weitergegangen zu Ende. Von allen Seiten gehen neue Berichten ein, die williger herüber. Die Hindernisse werden fortgesetzt, den Zug dadurch zu erschweren, daß sie die Eisenbahnlinie an der Strecke am nächsten gelegenen Station ohne Halt vorüberleiten.

Das Hauptquartier des Nationalisten besichtigt

Worms, 21. Mai. (Eigener Bericht.) Das Hauptquartier des indischen Nationalkongresses wurde am Mittwoch von der Polizei umstellt und belagert. An dieser Aktion waren nicht weniger als 100 polizeilichere, 102 bewaffnete Polizeibeamte und 300 Soldaten beteiligt. Einige Angestellte des Nationalkongresses entzündeten bei dem Kongresspräsidenten Nariman wurden in Gewahrsam genommen. Den unmittelbaren Grund zu diesem Vorfall bildete das Wiedererscheinen des offiziellen Kongress-Bulletins trog des vor einigen Tagen erfolgten Verbotes auf zwei Monate. Eine groÙe Menschenmenge folgte hinter dem Wagen, mit dem die verhafteten Angestellten des Kongresses abtransportiert wurden und bewar die Polizei. Diese ging gegen die Menge vor, wobei zehn Personen verletzt wurden.

Großartige Rede für einen Pazifisten

Groener's Rede zum Wehretat — Er fordert weitere Ausblähung des Wehratats Sozialdemokratische Ablehnung

Berlin, 21. Mai. (Eigener Bericht.)

Im Reichstage wurde zunächst der Gesetzentwurf über die Mobilisierung des Reiches an der Mobilmachungsanleihe in allen drei Sitzungen angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des Haushalts des Reichswehrministeriums.

Reichswehrminister Groener:

In der Presse des Auslandes, ja sogar in unserem eigenen Vaterland wird die Behauptung verbreitet von dem militärischen Angriffssturz Deutschlands. Tatsächlich ist aber Deutschland abgerückt und seine Wehrmacht ist keine Angriffswaffe. Das zeigt schon der Vergleich unseres 100 000-Mann-Heeres mit der französischen Arme, deren Friedensstärke über 1 Million, deren Kriegsstärke 8,650 Millionen beträgt. Trotz dieser Wehrlosigkeit muß bei uns alles geschehen, damit wir gegen jede Verletzung der Neutralität und gegen jeden Gebietsraub austreten und uns wehren können. (Beifall.) Wir müssen unsere Wehrhaftigkeit erhalten und ihren Geist auch in der Jugend pflegen, zumal die Ausrüstung der übrigen Länder, auf die wir Anspruch haben, keine Fortschritte macht. Man spricht von deutschen Geheimrüstungen. Jeder Fachmann weiß aber, daß eine geheime Rüstung unter den heutigen Verhältnissen ganz unmöglich ist. Die Ausgaben für die Wehrmacht betragen bei uns 4 Prozent des Gesamthaushaltes, in Frankreich aber 27 Prozent und in Polen sogar 29,3 Prozent. Auf den Kopf der Bevölkerung kommen bei uns 10 Wehrausgaben 11 Mark, in Frankreich aber 57,50 Mark. Jede Möglichkeit, die uns der Versailler Vertrag läßt, muß ausgenutzt werden, sobald sie einen Aufschwung für die Verteidigung bietet. Gegen jede Verletzung der Wehrmacht wird in der schärfsten Weise vorgegangen, unparteiisch nach rechts und links. Das Verhältnis von Offizier und Mann ist in unserer Reichswehr ausgezeichnet. Wir erwarten auch, daß sich das Verhältnis der Reichswehr zu unserer Bevölkerung immer besser gestalten wird.

Der Minister geht dann auf die einzelnen Kapitel des Staats und spricht die Hoffnung aus, daß im nächsten Jahre für die Reichswehr größere Mittel bewilligt werden. (Lebh. Hört! Hört! links!) An den Ausgaben für Waffen und Munition zu tüzen, wäre die größte Dummheit, die wir machen könnten. Alle Parteien sollten daran mitarbeiten, daß die Wehrmacht und der Wehratat entpolitisirt werden.

Abg. Erbsing (Soz.):

Güntlicherweise ist die Reichswehr, wie der Minister sagt, kein Angriffsheer. Der Minister hat aber nach der entgegengesetzten Seite übertrieben, indem er den militärischen Wert der Reichswehr zu stark herabstieß. Zum Schluß der Grenzen ist die militärische Kraft der Reichswehr völlig ausreichend, und sie erhöht sich noch ständig. In unserem Wehrprogramm haben wir anerkannt, daß eine völlige Ausrüstung bedauerlicherweise nicht stattfinden kann, solange noch in Europa derartige politische Zustände und Kriegsgefahren wie jetzt herrschen. Dem Minister steht es nicht gut an, vom Volksbund in derartig spöttischem Ton zu sprechen (Gehässig rechts), wenn Herr Groener sich selbst als gewählter Sozialist bezeichnet. Wir wissen, daß der Volksbund kein Ideal nicht erfüllt, aber wir sind davon überzeugt, daß die deutsche Nation die Mission hat, Vorkämpfer der Ausrüstung zu sein.

Wie sind gegen die völlige Ausschäbung aller Rüstungsmöglichkeiten des Friedensvertrages, weil sie im Widerspruch zu unseren finanziellen und wirtschaftlichen Möglichkeiten steht. (Widerspruch rechts, Beifall links.) Das Beispiel des französischen Hauses, das der Wehrminister brachte, ist deswegen ungeeignet, weil Frankreich nicht unsere Reparationslasten zu tragen hat. Steht man sich aber die Zahlen unseres Reichswehratats für Munitionsbeschaffung an, so kann man nicht behaupten, daß wir für die Reichswehr zu wenig ausgeben.

Der Reichswehrminister ist im Ausdruck von Zusicherungen gesprochen, die ihm im letzten Jahr über die Höhe des diesjährigen Wehratats gemacht worden sein sollen. Ich stelle ausdrücklich fest, daß von sozialdemokratischer Seite keinerlei beratige Zusicherungen erfolgt sind, und muß also darauf hinweisen, daß nun während der vorigen Regierung unter Hintergehung der Sozialdemokratie von den anderen Regierungsparteien beratige Zusicherungen gemacht worden sein müssen. Die ungemeinen Summen für Waffen- und Munitionsbeschaffung verteidigte der Minister bisher mit der angeblichen Notwendigkeit der Ausparung von Vorräten; das kann aber nicht jedes Jahr so weiter gehen. Die Grundstücksgeschäfte der Reichswehr sind reichlich ungeläufig, und wir verlangen Auflösung vor dem Reichstag darüber. Unsere kleine Wehrmacht hat über 60 Generäle, die wenigen uns zugestanden Offiziere avancierten so schnell, was den Personalstab belastet. Noch dazu sind die Summen für Unterstützungsziele in besonderen Fällen bei einzelnen Regimenten bis zu 75 Prozent den Offizieren zugeschlagen. Bei einem Regiment ist für Anschaffung eines Zahngesäßes einer Feldwebelfrau 25 Mark und einer Hauptmannfrau 400 Mark bewilligt worden. Die Soldatenkinderreien und die Schikanen, die wir im alten Heer auf Schärfste bekämpft haben, mehren sich leider auch bei unserer Reichswehr. In einem Stuttgarter Infanterieregiment wurde ein Soldat zur Strafe gezwungen, 200 Anklagen zu machen. Er brach schon bei der 150. zusammen. So etwas ist unerträglich. Beim 4. Infanterieregiment befahl ein junger Leutnant einem Feldwebel, vom 12 Meter hohen Turm der Badeanstalt hinunterzuspringen. Die Weigerung des Feldwebels mit der Begründung, er habe eben erst gegessen, wurde bestraft. Jeder Schwimmer weiß, daß ein Sprung ins Wasser mit vollem Magen lebensgefährlich ist. Die Zulicherungen des Ministers, diese Soldatenmishandlungen aufzuzeigen, verlieren bei dem Bekanntwerden von immer neuen Fällen ihren Wert. Wenn im nächsten Jahr gleiche und ähnliche Fälle bekannt werden, und wir niemals erfahren, was gegen die verantwortlichen Bataillons- und Regimentskommandeure unternommen wurde, müssen wir die wiederholten Versicherungen des Ministers als unglaublich bezeichnen. Wenn jeder Kommandeur genau weiß, daß jede angestrafte Soldatenmishandlung seine Disqualifizierung bedeutet, und wenn die Kommandeure dasselbe den ihnen unterstellten Offizieren klar machen würden, gäbe es keine Soldatenmishandlungen mehr. (Sehr richtig! links.) Wir verlangen auch eine Aenderung des Wehrvertrags. Wenn ein Soldat in seinen zwölf Dienstjahren mehrere Beschwerden einbringt, so ist es bei der jetzigen Lage klar, daß eine Dienstjahr ihm nicht zur Freude gemacht werden. Die

Mobilisierungsmethoden sind immer noch zu bestehen. Wenn junge Leute bei ihrer Bewerbung vor dem Generaloberst nicht etwa auf ihre Gesundheit, sondern auf ihre politische Gesinnung geprüft werden und bei dem schlechten Verdacht, daß Sozialisten oder Republikaner seien oder auch nur mit solchen in Beziehung stehen, als untauglich für die Reichswehr gehalten werden, so kann man nicht von einer Einpolitisierung der Reichswehr, die der Militärs wünscht, reden. Uns wurde ja die Tatsache verschwiegen, daß das von uns vermeinte Einheitskonservativen Kreis in das Ostseegekörps nicht stattfinden durfte, obgleich der Reichswehrminister in seinem neuesten Erfolg darüber beschworen hat, daß solche Gefahren bestehen und Belohnungen für ihre Teilnahme ausreichen.

Die Beziehungen der Reichswehr zu Russland, deren sie immer wieder verdächtigt wird, scheinen nach einem Artikel Polnacovs und einem Artikel Maier's im "Jungdeutschen" vom Sonnabend tatsächlich zu bestehen und werden als lange bekannt behandelt. Bei der Vorbringung dieser Tatsache im Ausschuß habe ich nicht nur den Wehrminister, sondern auch die Kommunisten, die sonst nicht zu den Schwägern gehören, geschwieg. (Gehässig.) Die Antwort des Ministers war auch ungünstig. Besonders den Hugenberglättern wird jetzt eine pro-bolshevistische Propaganda gelieben, die sich in einem Falle sogar der "Germany" bemächtigt. In sämtlichen blätterlichen Zeitungen schleicht sich diese Propaganda mehr oder weniger offen ein (Hu-Hul bei den Komm.). Das Blatt mit Hu-Hul ist einen Krieg gegen die Wehrmacht wird gegen alle geheimen politischen Beziehungen mit örtlicher Stellen zum Ausland, die nur den Frieden gefährden. Wir sind dafür, daß auch die Reichswehr nach Möglichkeit ein Instrument des Friedens bleibt. (Beifall bei den Soz.)

Abg. v. Pettow-Borbeck (Dnat.): Unrechtmäßigkeiten, die in jeder Armee vorkommen, können keinen Zweck haben, gegen die Wehrmacht begründet. Der Geist der Reichswehr ist, wie ich eigener Anschauung mein, kameradschaftlich und in militärischer Beziehung vorzüglich. Ich begrüße die Beibehaltung des Offiziersstabs als Pflegestätte der Kameradschaftlichkeit. Die Sparsumme ist im heutigen Reichswehratat sehr hoch und ist unerträglich. Selbst wenn die Reichswehr mit ihren 100 000 Mann und schweren Geschützen nur recht schwach ist, die Regierung muß durch klare Stellung zum Panzertrupp B nehmen, d. h. in jener Heiterkeit. Durch den Wehrwillen muß unser Volk mehr und blinderfahrig werden, den Grund dazu muß die Schule legen. (Beifall rechts.) Der sozialistische Schülerbund aber propagiert Kriegsdenverweigerung und Revolution im Kriegsfall. Wir aber wollen durch den Wehrwillen unser Volk wieder zum Kampf und Meister seines Schicksals machen. (Händelatzen ich.)

Der läbliche kommunistische Minister wird mit Heiterkeit aufgenommen. Der Reichswehrminister wird mit Heiterkeit aufgenommen.

Abg. Erbsing (3.): Die Lage im Osten und die Veränderung von dort hat ihren psychologischen Grund darin, daß der Schutz der Wehrmacht gegen die Gefahr fehlt, die uns fürchtet. Es ist doch nicht erstaunlich, wenn bei uns gewisse Sympathien für Russland bestehen, da es mit uns Frieden ohne Reparationen und Annexionsansprüchen und den Friedensvertrag von Rapallo geschlossen hat. Die anderen verleihen die Vertragspflicht zur Abrüstung, selbst die britische Regierung kann trotz aller Bemühungen nicht damit vorwärts kommen.

Abg. Rippberger (Komm.): Hundert Millionen werden für Waffen ausgeteilt, die die Reichswehr nach dem Frieden nicht haben darf. Arbeiter in Leipzig, die ein schwarzes Waffenlager aufgebaut haben, schließen wegen Diebstahls in Untersuchungshaft. Die Feldbefestigungen an der Ober-, für die nachträglich dreißig Millionen bewilligt werden, ziehen sich gegen Sowjet-Russland. (Heiterkeit.) Das Feldjägerkorps, das nach der vorsätzlichen Besetzung Grönens aufgestellt werden sollte, bewacht diese Festigungen und hält sie weiter aus.

Gegen 10 Uhr verläßt das Haus die Wehrberatung auf Donnerstag.

Die Lügen über Otto Braun

Er lehnt die Auhebung des Stahlhelmverbotes ab. Amtlich wird mitgeteilt: Immer wieder taucht die Behaftung auf, daß der Preußische Ministerpräsident Dr. Braun sich für Auhebung des Stahlhelmverbotes in Rheinland-Westfalen ausgesprochen habe. Es sei hierzu ganz eindeutig festgestellt, daß der Preußische Ministerpräsident seit dem Ende dieses Verbotes stets — sei es im internen Dienstverkehr mit dem Reiche oder mit den zuständigen preußischen Stellen, sei es, wie noch vor kurzem, in seinen für die Deffensivheit bestimmten Ausführungen im Landtagssaalbuch und plenum — sich entschieden zu der Auhebung bekannt hat, daß kein Anlaß vorliege, das Verbot des Stahlhelms aufzuheben. Es würde zur Klärung der Situation beitragen, wenn die betreffenden Presseorgane endlich einschämen würden, daß sie durch Verbreitung falscher Nachrichten der Sache, die sie offenbar vertheidigen wollten, keinenwegs nützen.

Kurve an der Dorfbrücke nehmen, hatte aber plötzlich Defekt an der Hinterbremse, stieß gegen die Brückenpfeiler, zerbrach beim Hinterrad und flog in hohem Bogen in den Gebirgsfuß.

"Die Brücke ist doch ziemlich hoch, wenn ich mich gut einniere?"

"Ungefähr fünf Meter! Leider aber ist gerade unter dieser Brücke das Wasser nur siebzig Centimeter tief und der Fußboden ganz mit scharfen Steinen bedeckt. hätte ihm nicht sein guter Brotsack als Sturzkappe gedient, dann hätte er sich wohl zu Tode gestürzt."

Hat er sich nichts gebrochen?"

"Nichts! Wir glaubten ihn bestimmtlos — Frau Wirtin, Brot und Wasser, wir haben es sehr eilig! — und sofort rannten Menschen herbei, um Hilfe zu bringen. Der brave Ortspfarrer stieg bis an die Knie ins Wasser und trug ihn herauf. Beine und Hände bluteten. Der arme Cruisse, der immer so lustig und guter Dinge war, konnte einem in diesem Zustand ordentlich Leid tun! ... Man hat ihm ein Glas Kognak gegeben, und als sein Freund Gerardo vorbeifuhr, rief er ihm zu:

"Entschuldigung auf!"

"So steht er auf!" lachte Bouk und schnitt ein bisschen Mortadella auf. „Ach Minuten später war er schon wieder auf den Beinen! ... Die Beine haben ihm zwar geschert, wie einem Kaninchen vor dem Schlachten, aber er stand. Ist紇ne hier, der mit ein Hinterrad pumpen kann? rief er in die Menge. Mehrere haben sich ihm sofort angeboten. Da hat er ein neues Hinterrad eingeschraubt, hat vom alten Rad die plombierte Nabe mitgenommen und ist abgebrannt! Na, der Junge muß ja Mervel haben!"

„Wie weit lag er denn im Rückstand?“ erkundigte sich Sovornos.

"Vierzig Minuten!"

Die Blätter zeigten über das Papier.

"Die Männer haben nur die Buben, Sullen und Mutterungen Interesse!" logte Sovornos seinem Blätterfreunde ins Ohr.

Denn sprach er wieder mit den Journalisten: „Wir sind die Karascan-sur-Poids mit ihm gefahren. Die ganze Stadt hat auf ihn gewartet, weil man auch hier schon seit einem Jahr nichts mehr auf dem Werthe von Stadt-Gemüter und soviel funktionsfähige wie alte Geld gegen, wollte die Karascan-

Giganten der Landstraße

Ein Rennfahrer-Roman von André Neugebauer
Autorisierte Ueberleitung von Fred A. Angermayer
Copyright by Büchergilde Gutenberg Berlin

[Nachdruck verboten]

„Hunderneun Stunden und dreißig Minuten. Ich komme nach ihm, mit hunderneun Stunden und sechshundert dreißig Minuten.“

„Es ist doch fabelhaft, in Ihrem Alter schon! Weiter zu sein! Seit müssen Sie aber alles daran setzen, um zu gewinnen! Sie vertreten Frankreich, mein Lieber! Ich habe mich stets für den Sport interessiert! ... Ich radle auch und ohne mich mit Ihnen vergleichen zu wollen — nicht schlecht. Über, wenn ich die großen Berge raumfahre ... um's Himmels willen! ... Die erste Bergeloppe hat schon das ganze Ergebnis umgeworfen! ... Wer kommt nun eigentlich noch Ihnen?“

„Babouren, der dreizehn Minuten hinter Bergeloppe liegt.“

„Aha, der alte Haubdegen Babouren, aus Afrika!“

„Dann Babouren mit siebenundzwanzig, Crapoulli mit dreizehn und alle anderen, wie Blanquetaill, Mirzalot, Bouasse, Gumba-Lalots, Missots, und wie sie alle dalben, mit noch größerem Rückstand.“

„Alles wunderschöne Babouren! ... Zwei Tage lang haben wir aufgezogen, um morgen früh zu sein! ... Ich freut mich sehr, daß im Ihnen graziöser sind! ... Was' ja! ... Auf die nächsten beiden Kilometer sind wir dann sicherlich wieder auf dem gleichen Rhythmus.“

„Sie haben sich wohl nicht auf einen Rennfahrttag gemacht.“

„Nein, ich habe mich auf einen Rennfahrttag gemacht.“

„Gymnastisch?“ „Natürlich machen wir das nicht.“

266 Seines Unites entthoben

Grüner will Böck richten — und sein Nachfolger werden. Der Oberpräsident von Berlin und Brandenburg hat am Mittwoch die Amtsenthebung des Verwaltungsgerichtsmeisters Dr. Böck verfügt. Damit ist dem Disziplinarrecht die Kürzung des Gehalts der Hälfte verbunden. Entscheidet jedoch das Oberverwaltungsgericht als Berufungsinstanz zugunsten des Beamten, so wird ihm die gesparte Summe nachgezahlt.

Den Vorsitz des Disziplinarrechts des Oberverwaltungsgerichts, das für die Berufungsverhandlung zuständig ist, hat Senator Grüner. Dieser Grüner wurde vor wenigen Monaten ohne besonderes Verfahren von dem Vorsitz des SVD, aus der Sozialdemokratischen Partei ausgeschlossen. In welcher Richtung sich Herr Grüner inzwischen gewendet hat, ob er Nationalsozialist geworden ist, wissen wir nicht. Aber es ist kein Geheimnis, daß ich schon vor Monaten um die Nachfolge des Oberbürgermeisters Böck bemüht und bereits damals kleinen Kreisen über Böck und die Berliner Stadtverwaltung der schäfigsten Weise geurteilt habe. Grüner hat jedoch danach gelebt, über Böck zu Gericht zu können und seinerzeit über den Fall Böck erzählt und lobt, die u. W. schlechtedings mit der Freiheit auf Kriegssitz stehen und jedes Maß an Objektivität vermissen ließen. Soll dieser Mann jetzt im über Böck urteilen? Man sollte eigentlich annehmen, daß Richter, dem auch nur ähnliche Vorwürfe wie Herrn Grüner gemacht werden können, von sich aus wegen Eigenheit auf den Vorwurf in dem über Herrn Böck zu rechtfertigen würden. Aber Herr Grüner . . . ?

Die Urteilsbegründung

Das Urteil des Disziplinargerichtshofes gegen den Berliner Oberbürgermeister wurde von dem Vorsitzenden des Gerichts in einer öffentlichen Sitzung hauptsächlich mit der Haftstrafe begründet. Diese Affäre stelle einen Vorfall dar, der einem Oberbürgermeister, einem Beamten in exakter Stellung, nicht hätte passieren dürfen. In der Frage mangels Dienstansicht könne sich dagegen das Gericht der Guldigungsschrift nicht anschließen. Die Darlehen sind zwischen den Brüdern Skarrel und der Adelmann, wie sie mit diesem Komplex zusammenhängenden Geschäft, seien nicht Sache des Oberbürgermeisters gewesen. Dagegen hätte Oberbürgermeister Böck damals Zeitpunkt an, als er durch den verstorbenen Oberstaatsrat Schallbach, dem Leiter des Anschaffungsamtes, auf Unregelmäßigkeiten aufmerksam gemacht worden sei, seine Pflicht gehabt, energisch durchzugehen. Wenn auch ammagistratsrat Schallbach inzwischen verstorben sei und heute mehr zu seinen früheren Befindungen stehen könne, glaube ich diese Aussage, da Schallbach von Oberregierungsrat polski eifrig vernommen worden sei. Die Berufung des Oberbürgermeisters Böck gegen das Urteil wird dem Oberverwaltungsgericht verhandelt. Es ist damit zu rechnen, daß die Verhandlung vor dem Frühjahr nächsten Jahres stattfindet. Bis dahin erhält Oberbürgermeister Böck sein volles Gehalt. Da nach der ganzen Sachlage Regelung der Oberbürgermeistersfrage nicht vor der Beauftragungsverhandlung stattfinden kann, wird die Reichshauptstadt höchstens noch ein weiteres halbes Jahr ohne Stadtoberhaupt. Mit keinem der neuordnenden wieder zu Dutzenden als Oberbürgermeister in den Hintergrund der Daseinslichkeit gerückt ist von den zuständigen Berliner Instanzen bis verhandelt worden. Alle dem widersprechenden Angaben auf freier Erfindung.

„Vorwärts“ bemerkte zu dem Urteil gegen Böck: „Was selbst betrifft, so spiegelt es zweifellos die stimmungsliebe Stellungnahme weiterer Volkskreise zu gewissen schändlichen Vorgängen in der Berliner Stadtverwaltung richtig dar. Eine andere Frage jedoch ist, ob es dem Anteil des Bürgermeisters an dem Gesamtverschulden gerecht wird. Diese Frage gewissenhaft nachzuprüfen, wird Sache des Oberverwaltungsgerichts sein. Das Urteil ist widersprüchvoll, da in der Ehre des Berliner Stadtoberhauptes nichts, an keiner Stelle aber zwei Drittel übrig läßt. Ist es so, wie das Urteil hält, und hat er das getan, was man ihm vorwirkt, versteht man nicht, daß er dafür bis zu seinem Lebensende 20.000 Mark jährlich belohnt werden soll. Läßt sich aber leicht die Belohnung von zwei Dritteln seiner Pension als Rechtfertigung rechtferigen, so kann sein Verhalten nicht in dem unwürdig und verdammenswert gewesen sein, wie es nach Urteil den Anschein hat. Es wird Aufgabe des Oberverwaltungsgerichts sein, diesen offensabaren Widerspruch im ersten Instanz nach der einen oder nach der anderen hin zu vereinigen.“

Thüringen antwortet

Weimar, 21. Mai. (Eigener Drahtbericht.)
Die thüringische Regierung hat am Mittwoch — ungefähr nach dem Empfang des Schreibens — ihre Antwort das inzwischen veröffentlichte Schreiben des Reichsministers vom 12. Mai nach Berlin übermittelt. Der soll in „freundschaftlichem“ Tone gehalten sein und u. a. hinweis enthält, daß die Ernennung der neuen Polizeistellen von der thüringischen Regierung einstimmig, d. h. mit Zustimmung der Volksparteileiter im Kabinett, erfolgt ist.

Der Lübecker Calmette-Skandal

Dr. Moses verlangt im Reichstag sofortige Amtsenthebung

der schuldigen Berge

Im Haushaltsausschuß des Reichstages erklärte der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Moses am Mittwoch zu den Lübecker Todesfällen: Es handele sich hier um eine grohe Anzahl bedeutender Fehlser und strafbare Fahrlässigkeit. Das Gesundheitsamt habe sich damit zu rechtfertigen, daß es behauptet, anderen Ländern, besonders in Frankreich, seien gute Ergebnisse mit dem Mittel gemacht und keine Schädigungen beobachtet wurden. Besonders verwerflich sei es, wenn es stimme, auch die Lübecker habe am Mittel ausgehändigter erkennt. Es sei auch nicht wahr, daß im Ausland keine Schäden durch das Mittel beobachtet wurden. Vielmehr habe die große Anzahl bedeutender Fehlser und strafbare Fahrlässigkeit. Das Gesundheitsamt habe sich damit zu rechtfertigen, daß es behauptet, anderen Ländern, besonders in Frankreich, seien gute Ergebnisse mit dem Mittel gemacht und keine Schädigungen beobachtet wurden. Besonders verwerflich sei es, wenn es stimme, auch die Lübecker habe am Mittel ausgehändigter erkennt. Es sei auch nicht wahr, daß im Ausland keine Schäden durch das Mittel beobachtet wurden. Vielmehr habe die große Anzahl bedeutender Fehlser und strafbare Fahrlässigkeit. Das Gesundheitsamt habe sich damit zu rechtfertigen, daß es behauptet, anderen Ländern, besonders in Frankreich, seien gute Ergebnisse mit dem Mittel gemacht und keine Schädigungen beobachtet wurden. Besonders verwerflich sei es, wenn es stimme, auch die Lübecker habe am Mittel ausgehändigter erkennt. Es sei auch nicht wahr, daß im Ausland keine Schäden durch das Mittel beobachtet wurden. Vielmehr habe die große Anzahl bedeutender Fehlser und strafbare Fahrlässigkeit. Das Gesundheitsamt habe sich damit zu rechtfertigen, daß es behauptet, anderen Ländern, besonders in Frankreich, seien gute Ergebnisse mit dem Mittel gemacht und keine Schädigungen beobachtet wurden. Besonders verwerflich sei es, wenn es stimme, auch die Lübecker habe am Mittel ausgehändigter erkennt. Es sei auch nicht wahr, daß im Ausland keine Schäden durch das Mittel beobachtet wurden. Vielmehr habe die große Anzahl bedeutender Fehlser und strafbare Fahrlässigkeit. Das Gesundheitsamt habe sich damit zu rechtfertigen, daß es behauptet, anderen Ländern, besonders in Frankreich, seien gute Ergebnisse mit dem Mittel gemacht und keine Schädigungen beobachtet wurden. Besonders verwerflich sei es, wenn es stimme, auch die Lübecker habe am Mittel ausgehändigter erkennt. Es sei auch nicht wahr, daß im Ausland keine Schäden durch das Mittel beobachtet wurden. Vielmehr habe die große Anzahl bedeutender Fehlser und strafbare Fahrlässigkeit. Das Gesundheitsamt habe sich damit zu rechtfertigen, daß es behauptet, anderen Ländern, besonders in Frankreich, seien gute Ergebnisse mit dem Mittel gemacht und keine Schädigungen beobachtet wurden. Besonders verwerflich sei es, wenn es stimme, auch die Lübecker habe am Mittel ausgehändigter erkennt. Es sei auch nicht wahr, daß im Ausland keine Schäden durch das Mittel beobachtet wurden. Vielmehr habe die große Anzahl bedeutender Fehlser und strafbare Fahrlässigkeit. Das Gesundheitsamt habe sich damit zu rechtfertigen, daß es behauptet, anderen Ländern, besonders in Frankreich, seien gute Ergebnisse mit dem Mittel gemacht und keine Schädigungen beobachtet wurden. Besonders verwerflich sei es, wenn es stimme, auch die Lübecker habe am Mittel ausgehändigter erkennt. Es sei auch nicht wahr, daß im Ausland keine Schäden durch das Mittel beobachtet wurden. Vielmehr habe die große Anzahl bedeutender Fehlser und strafbare Fahrlässigkeit. Das Gesundheitsamt habe sich damit zu rechtfertigen, daß es behauptet, anderen Ländern, besonders in Frankreich, seien gute Ergebnisse mit dem Mittel gemacht und keine Schädigungen beobachtet wurden. Besonders verwerflich sei es, wenn es stimme, auch die Lübecker habe am Mittel ausgehändigter erkennt. Es sei auch nicht wahr, daß im Ausland keine Schäden durch das Mittel beobachtet wurden. Vielmehr habe die große Anzahl bedeutender Fehlser und strafbare Fahrlässigkeit. Das Gesundheitsamt habe sich damit zu rechtfertigen, daß es behauptet, anderen Ländern, besonders in Frankreich, seien gute Ergebnisse mit dem Mittel gemacht und keine Schädigungen beobachtet wurden. Besonders verwerflich sei es, wenn es stimme, auch die Lübecker habe am Mittel ausgehändigter erkennt. Es sei auch nicht wahr, daß im Ausland keine Schäden durch das Mittel beobachtet wurden. Vielmehr habe die große Anzahl bedeutender Fehlser und strafbare Fahrlässigkeit. Das Gesundheitsamt habe sich damit zu rechtfertigen, daß es behauptet, anderen Ländern, besonders in Frankreich, seien gute Ergebnisse mit dem Mittel gemacht und keine Schädigungen beobachtet wurden. Besonders verwerflich sei es, wenn es stimme, auch die Lübecker habe am Mittel ausgehändigter erkennt. Es sei auch nicht wahr, daß im Ausland keine Schäden durch das Mittel beobachtet wurden. Vielmehr habe die große Anzahl bedeutender Fehlser und strafbare Fahrlässigkeit. Das Gesundheitsamt habe sich damit zu rechtfertigen, daß es behauptet, anderen Ländern, besonders in Frankreich, seien gute Ergebnisse mit dem Mittel gemacht und keine Schädigungen beobachtet wurden. Besonders verwerflich sei es, wenn es stimme, auch die Lübecker habe am Mittel ausgehändigter erkennt. Es sei auch nicht wahr, daß im Ausland keine Schäden durch das Mittel beobachtet wurden. Vielmehr habe die große Anzahl bedeutender Fehlser und strafbare Fahrlässigkeit. Das Gesundheitsamt habe sich damit zu rechtfertigen, daß es behauptet, anderen Ländern, besonders in Frankreich, seien gute Ergebnisse mit dem Mittel gemacht und keine Schädigungen beobachtet wurden. Besonders verwerflich sei es, wenn es stimme, auch die Lübecker habe am Mittel ausgehändigter erkennt. Es sei auch nicht wahr, daß im Ausland keine Schäden durch das Mittel beobachtet wurden. Vielmehr habe die große Anzahl bedeutender Fehlser und strafbare Fahrlässigkeit. Das Gesundheitsamt habe sich damit zu rechtfertigen, daß es behauptet, anderen Ländern, besonders in Frankreich, seien gute Ergebnisse mit dem Mittel gemacht und keine Schädigungen beobachtet wurden. Besonders verwerflich sei es, wenn es stimme, auch die Lübecker habe am Mittel ausgehändigter erkennt. Es sei auch nicht wahr, daß im Ausland keine Schäden durch das Mittel beobachtet wurden. Vielmehr habe die große Anzahl bedeutender Fehlser und strafbare Fahrlässigkeit. Das Gesundheitsamt habe sich damit zu rechtfertigen, daß es behauptet, anderen Ländern, besonders in Frankreich, seien gute Ergebnisse mit dem Mittel gemacht und keine Schädigungen beobachtet wurden. Besonders verwerflich sei es, wenn es stimme, auch die Lübecker habe am Mittel ausgehändigter erkennt. Es sei auch nicht wahr, daß im Ausland keine Schäden durch das Mittel beobachtet wurden. Vielmehr habe die große Anzahl bedeutender Fehlser und strafbare Fahrlässigkeit. Das Gesundheitsamt habe sich damit zu rechtfertigen, daß es behauptet, anderen Ländern, besonders in Frankreich, seien gute Ergebnisse mit dem Mittel gemacht und keine Schädigungen beobachtet wurden. Besonders verwerflich sei es, wenn es stimme, auch die Lübecker habe am Mittel ausgehändigter erkennt. Es sei auch nicht wahr, daß im Ausland keine Schäden durch das Mittel beobachtet wurden. Vielmehr habe die große Anzahl bedeutender Fehlser und strafbare Fahrlässigkeit. Das Gesundheitsamt habe sich damit zu rechtfertigen, daß es behauptet, anderen Ländern, besonders in Frankreich, seien gute Ergebnisse mit dem Mittel gemacht und keine Schädigungen beobachtet wurden. Besonders verwerflich sei es, wenn es stimme, auch die Lübecker habe am Mittel ausgehändigter erkennt. Es sei auch nicht wahr, daß im Ausland keine Schäden durch das Mittel beobachtet wurden. Vielmehr habe die große Anzahl bedeutender Fehlser und strafbare Fahrlässigkeit. Das Gesundheitsamt habe sich damit zu rechtfertigen, daß es behauptet, anderen Ländern, besonders in Frankreich, seien gute Ergebnisse mit dem Mittel gemacht und keine Schädigungen beobachtet wurden. Besonders verwerflich sei es, wenn es stimme, auch die Lübecker habe am Mittel ausgehändigter erkennt. Es sei auch nicht wahr, daß im Ausland keine Schäden durch das Mittel beobachtet wurden. Vielmehr habe die große Anzahl bedeutender Fehlser und strafbare Fahrlässigkeit. Das Gesundheitsamt habe sich damit zu rechtfertigen, daß es behauptet, anderen Ländern, besonders in Frankreich, seien gute Ergebnisse mit dem Mittel gemacht und keine Schädigungen beobachtet wurden. Besonders verwerflich sei es, wenn es stimme, auch die Lübecker habe am Mittel ausgehändigter erkennt. Es sei auch nicht wahr, daß im Ausland keine Schäden durch das Mittel beobachtet wurden. Vielmehr habe die große Anzahl bedeutender Fehlser und strafbare Fahrlässigkeit. Das Gesundheitsamt habe sich damit zu rechtfertigen, daß es behauptet, anderen Ländern, besonders in Frankreich, seien gute Ergebnisse mit dem Mittel gemacht und keine Schädigungen beobachtet wurden. Besonders verwerflich sei es, wenn es stimme, auch die Lübecker habe am Mittel ausgehändigter erkennt. Es sei auch nicht wahr, daß im Ausland keine Schäden durch das Mittel beobachtet wurden. Vielmehr habe die große Anzahl bedeutender Fehlser und strafbare Fahrlässigkeit. Das Gesundheitsamt habe sich damit zu rechtfertigen, daß es behauptet, anderen Ländern, besonders in Frankreich, seien gute Ergebnisse mit dem Mittel gemacht und keine Schädigungen beobachtet wurden. Besonders verwerflich sei es, wenn es stimme, auch die Lübecker habe am Mittel ausgehändigter erkennt. Es sei auch nicht wahr, daß im Ausland keine Schäden durch das Mittel beobachtet wurden. Vielmehr habe die große Anzahl bedeutender Fehlser und strafbare Fahrlässigkeit. Das Gesundheitsamt habe sich damit zu rechtfertigen, daß es behauptet, anderen Ländern, besonders in Frankreich, seien gute Ergebnisse mit dem Mittel gemacht und keine Schädigungen beobachtet wurden. Besonders verwerflich sei es, wenn es stimme, auch die Lübecker habe am Mittel ausgehändigter erkennt. Es sei auch nicht wahr, daß im Ausland keine Schäden durch das Mittel beobachtet wurden. Vielmehr habe die große Anzahl bedeutender Fehlser und strafbare Fahrlässigkeit. Das Gesundheitsamt habe sich damit zu rechtfertigen, daß es behauptet, anderen Ländern, besonders in Frankreich, seien gute Ergebnisse mit dem Mittel gemacht und keine Schädigungen beobachtet wurden. Besonders verwerflich sei es, wenn es stimme, auch die Lübecker habe am Mittel ausgehändigter erkennt. Es sei auch nicht wahr, daß im Ausland keine Schäden durch das Mittel beobachtet wurden. Vielmehr habe die große Anzahl bedeutender Fehlser und strafbare Fahrlässigkeit. Das Gesundheitsamt habe sich damit zu rechtfertigen, daß es behauptet, anderen Ländern, besonders in Frankreich, seien gute Ergebnisse mit dem Mittel gemacht und keine Schädigungen beobachtet wurden. Besonders verwerflich sei es, wenn es stimme, auch die Lübecker habe am Mittel ausgehändigter erkennt. Es sei auch nicht wahr, daß im Ausland keine Schäden durch das Mittel beobachtet wurden. Vielmehr habe die große Anzahl bedeutender Fehlser und strafbare Fahrlässigkeit. Das Gesundheitsamt habe sich damit zu rechtfertigen, daß es behauptet, anderen Ländern, besonders in Frankreich, seien gute Ergebnisse mit dem Mittel gemacht und keine Schädigungen beobachtet wurden. Besonders verwerflich sei es, wenn es stimme, auch die Lübecker habe am Mittel ausgehändigter erkennt. Es sei auch nicht wahr, daß im Ausland keine Schäden durch das Mittel beobachtet wurden. Vielmehr habe die große Anzahl bedeutender Fehlser und strafbare Fahrlässigkeit. Das Gesundheitsamt habe sich damit zu rechtfertigen, daß es behauptet, anderen Ländern, besonders in Frankreich, seien gute Ergebnisse mit dem Mittel gemacht und keine Schädigungen beobachtet wurden. Besonders verwerflich sei es, wenn es stimme, auch die Lübecker habe am Mittel ausgehändigter erkennt. Es sei auch nicht wahr, daß im Ausland keine Schäden durch das Mittel beobachtet wurden. Vielmehr habe die große Anzahl bedeutender Fehlser und strafbare Fahrlässigkeit. Das Gesundheitsamt habe sich damit zu rechtfertigen, daß es behauptet, anderen Ländern, besonders in Frankreich, seien gute Ergebnisse mit dem Mittel gemacht und keine Schädigungen beobachtet wurden. Besonders verwerflich sei es, wenn es stimme, auch die Lübecker habe am Mittel ausgehändigter erkennt. Es sei auch nicht wahr, daß im Ausland keine Schäden durch das Mittel beobachtet wurden. Vielmehr habe die große Anzahl bedeutender Fehlser und strafbare Fahrlässigkeit. Das Gesundheitsamt habe sich damit zu rechtfertigen, daß es behauptet, anderen Ländern, besonders in Frankreich, seien gute Ergebnisse mit dem Mittel gemacht und keine Schädigungen beobachtet wurden. Besonders verwerflich sei es, wenn es stimme, auch die Lübecker habe am Mittel ausgehändigter erkennt. Es sei auch nicht wahr, daß im Ausland keine Schäden durch das Mittel beobachtet wurden. Vielmehr habe die große Anzahl bedeutender Fehlser und strafbare Fahrlässigkeit. Das Gesundheitsamt habe sich damit zu rechtfertigen, daß es behauptet, anderen Ländern, besonders in Frankreich, seien gute Ergebnisse mit dem Mittel gemacht und keine Schädigungen beobachtet wurden. Besonders verwerflich sei es, wenn es stimme, auch die Lübecker habe am Mittel ausgehändigter erkennt. Es sei auch nicht wahr, daß im Ausland keine Schäden durch das Mittel beobachtet wurden. Vielmehr habe die große Anzahl bedeutender Fehlser und strafbare Fahrlässigkeit. Das Gesundheitsamt habe sich damit zu rechtfertigen, daß es behauptet, anderen Ländern, besonders in Frankreich, seien gute Ergebnisse mit dem Mittel gemacht und keine Schädigungen beobachtet wurden. Besonders verwerflich sei es, wenn es stimme, auch die Lübecker habe am Mittel ausgehändigter erkennt. Es sei auch nicht wahr, daß im Ausland keine Schäden durch das Mittel beobachtet wurden. Vielmehr habe die große Anzahl bedeutender Fehlser und strafbare Fahrlässigkeit. Das Gesundheitsamt habe sich damit zu rechtfertigen, daß es behauptet, anderen Ländern, besonders in Frankreich, seien gute Ergebnisse mit dem Mittel gemacht und keine Schädigungen beobachtet wurden. Besonders verwerflich sei es, wenn es stimme, auch die Lübecker habe am Mittel ausgehändigter erkennt. Es sei auch nicht wahr, daß im Ausland keine Schäden durch das Mittel beobachtet wurden. Vielmehr habe die große Anzahl bedeutender Fehlser und strafbare Fahrlässigkeit. Das Gesundheitsamt habe sich damit zu rechtfertigen, daß es behauptet, anderen Ländern, besonders in Frankreich, seien gute Ergebnisse mit dem Mittel gemacht und keine Schädigungen beobachtet wurden. Besonders verwerflich sei es, wenn es stimme, auch die Lübecker habe am Mittel ausgehändigter erkennt. Es sei auch nicht wahr, daß im Ausland keine Schäden durch das Mittel beobachtet wurden. Vielmehr habe die große Anzahl bedeutender Fehlser und strafbare Fahrlässigkeit. Das Gesundheitsamt habe sich damit zu rechtfertigen, daß es behauptet, anderen Ländern, besonders in Frankreich, seien gute Ergebnisse mit dem Mittel gemacht und keine Schädigungen beobachtet wurden. Besonders verwerflich sei es, wenn es stimme, auch die Lübecker habe am Mittel ausgehändigter erkennt. Es sei auch nicht wahr, daß im Ausland keine Schäden durch das Mittel beobachtet wurden. Vielmehr habe die große Anzahl bedeutender Fehlser und strafbare Fahrlässigkeit. Das Gesundheitsamt habe sich damit zu rechtfertigen, daß es behauptet, anderen Ländern, besonders in Frankreich, seien gute Ergebnisse mit dem Mittel gemacht und keine Schädigungen beobachtet wurden. Besonders verwerflich sei es, wenn es stimme, auch die Lübecker habe am Mittel ausgehändigter erkennt. Es sei auch nicht wahr, daß im Ausland keine Schäden durch das Mittel beobachtet wurden. Vielmehr habe die große Anzahl bedeutender Fehlser und strafbare Fahrlässigkeit. Das Gesundheitsamt habe sich damit zu rechtfertigen, daß es behauptet, anderen Ländern, besonders in Frankreich, seien gute Ergebnisse mit dem Mittel gemacht und keine Schädigungen beobachtet wurden. Besonders verwerflich sei es, wenn es stimme, auch die Lübecker habe am Mittel ausgehändigter erkennt. Es sei auch nicht wahr, daß im Ausland keine Schäden durch das Mittel beobachtet wurden. Vielmehr habe die große Anzahl bedeutender Fehlser und strafbare Fahrlässigkeit. Das Gesundheitsamt habe sich damit zu rechtfertigen, daß es behauptet, anderen Ländern, besonders in Frankreich, seien gute Ergebnisse mit dem Mittel gemacht und keine Schädigungen beobachtet wurden. Besonders verwerflich sei es, wenn es stimme, auch die Lübecker habe am Mittel ausgehändigter erkennt. Es sei auch nicht wahr, daß im Ausland keine Schäden durch das Mittel beobachtet wurden. Vielmehr habe die große Anzahl bedeutender Fehlser und strafbare Fahrlässigkeit. Das Gesundheitsamt habe sich damit zu rechtfertigen, daß es behauptet, anderen Ländern, besonders in Frankreich, seien gute Ergebnisse mit dem Mittel gemacht und keine Schädigungen beobachtet wurden. Besonders verwerflich sei es, wenn es stimme, auch die Lübecker habe am Mittel ausgehändigter erkennt. Es sei auch nicht wahr, daß im Ausland keine Schäden durch das Mittel beobachtet wurden. Vielmehr habe die große Anzahl bedeutender Fehlser und strafbare Fahrlässigkeit. Das Gesundheitsamt habe sich damit zu rechtfertigen, daß es behauptet, anderen Ländern, besonders in Frankreich, seien gute Ergebnisse mit dem Mittel gemacht und keine Schädigungen beobachtet wurden. Besonders verwerflich sei es, wenn es stimme, auch die Lübecker habe am Mittel ausgehändigter erkennt. Es sei auch nicht wahr, daß im Ausland keine Schäden durch das Mittel beobachtet wurden. Vielmehr habe die große Anzahl bedeutender Fehlser und strafbare Fahrlässigkeit. Das Gesundheitsamt habe sich damit zu rechtfertigen, daß es behauptet, anderen Ländern, besonders in Frankreich, seien gute Ergebnisse mit dem Mittel gemacht und keine Schädigungen beobachtet wurden. Besonders verwerflich sei es, wenn es stimme, auch die Lübecker habe am Mittel ausgehändigter erkennt. Es sei auch nicht wahr, daß im Ausland keine Schäden durch das Mittel beobachtet wurden. Vielmehr habe die große Anzahl bedeutender Fehlser und strafbare Fahrlässigkeit. Das Gesundheitsamt habe sich damit zu rechtfertigen, daß es behauptet, anderen Ländern, besonders in Frankreich, seien gute Ergebnisse mit dem Mittel gemacht und keine Schädigungen beobachtet wurden. Besonders verwerflich sei es, wenn es stimme, auch die Lübecker habe am Mittel ausgehändigter erkennt. Es sei auch nicht wahr, daß im Ausland keine Schäden durch das Mittel beobachtet wurden. Vielmehr habe die große Anzahl bedeutender Fehlser und strafbare Fahrlässigkeit. Das Gesundheitsamt habe sich damit zu rechtfertigen, daß es behauptet, anderen Ländern, besonders in Frankreich, seien gute Ergebnisse mit dem Mittel gemacht und keine Schädigungen beobachtet wurden. Besonders verwerflich sei es, wenn es stimme, auch die Lübecker habe am Mittel ausgehändigter erkennt. Es sei auch nicht wahr, daß im Ausland keine Schäden durch das Mittel beobachtet wurden. Vielmehr habe die große Anzahl bedeutender Fehlser und strafbare Fahrlässigkeit. Das Gesundheitsamt habe sich damit zu rechtfertigen, daß es behauptet, anderen Ländern, besonders in Frankreich, seien gute Ergebnisse mit dem Mittel gemacht und keine Schädigungen beobachtet wurden. Besonders verwerflich sei es, wenn es stimme, auch die Lübecker habe am Mittel ausgehändigter erkennt. Es sei auch nicht wahr, daß im Ausland keine Schäden durch das Mittel beobachtet wurden. Vielmehr habe die große Anzahl bedeutender Fehlser und strafbare Fahrlässigkeit. Das Gesundheitsamt habe sich damit zu rechtfertigen, daß es behauptet, anderen Ländern, besonders in Frankreich, seien gute Ergebnisse mit dem Mittel gemacht und keine Schädigungen beobachtet wurden. Besonders verwerflich sei es, wenn es stimme, auch die Lübecker habe am Mittel ausgehändigter erkennt. Es sei auch nicht wahr, daß im Ausland keine Schäden durch das Mittel beobachtet wurden. Vielmehr habe die große Anzahl bedeutender Fehlser und strafbare Fahrlässigkeit. Das Gesundheitsamt habe sich damit zu rechtfertigen, daß es behauptet, anderen Ländern, besonders in Frankreich, seien gute Ergebnisse mit dem Mittel gemacht und keine Schädigungen beobachtet wurden. Besonders verwerflich sei es, wenn es stimme, auch die Lübecker habe am Mittel ausgehändigter erkennt. Es sei auch nicht wahr, daß im Ausland keine Schäden durch das Mittel beobachtet wurden. Vielmehr habe die große Anzahl bedeutender Fehlser und strafbare Fahrlässigkeit. Das Gesundheitsamt habe sich damit zu rechtfertigen, daß es behauptet, anderen Ländern, besonders in Frankreich, seien gute Ergebnisse mit dem Mittel gemacht und keine Schädigungen beobachtet wurden. Besonders verwerflich sei es, wenn es stimme, auch die Lübecker habe am Mittel ausgehändigter erkennt. Es sei auch nicht wahr, daß im Ausland keine Schäden durch das Mittel beobachtet wurden. Vielmehr habe die große Anzahl bedeutender Fehlser und strafbare Fahrläss

WERTHEIM

Freitag u. Sonnabend
billige Lebensmittel

Bewalt Vorrat. Leichtverderbliche Lebensmittel werden nicht zugesandt.

Wurstwaren

Schweinesülze	Pfund 0.60	Mettwurst	Pfund 1.35
Rot. u. Leberwurst		Bratwurst	Bratwurstiger Art Pfund 1.35
Hauswurst	Pfund 0.75	Jagdwurst	Marienblatt Pfund 1.40
Knoblauchwurst	Pfund 0.95	Zervelat, Salami	Hauswurst Pfund 1.75
Sülzwurst	Pfund 0.96	Teewurst	Rügenwalder Art Pfund 1.80
Rückenspeck	Pfund 1.00	Zervelatwurst	Im Pfeilarm, Heilsteiner Pfund 2.00
Mettwurst Rügenwalder Pf. 1.20			
Leberwurst Hausmacher Pf. 1.25			

Käse und Seife

Camembert vollf., Schachtel	0.18	Schweizer bayr.	
Ramadou	Stück 0.18	vollfett	Pfund von 1.42 an
Edamer	vollfett 0.68, halbfett 0.58	Harzer Käse	Käse ca. 3 Pfund Inhalt 0.88
Schweizer	1.00	Margarine	Pfund 0.68 und 0.50
dreiwertigfett	Pfund 0.88	Molkereibutter	Pfund 1.56
Trüffler	Pfund 0.85	Dänische Butter	1.76

Obst

Erdnüsse	Pfund 0.55	Schokolade	Vollmilch, Nobl. 0.70
Zitronen	Dutzend 0.55	Schokolade	2 Tafeln, à 100 gr. 0.90
Apfelsinen	Dutzd. 0.68 u. 0.58	Karamellen	Pfund 0.80
Itai, Kirschen	Pfund 0.65	Sandgebäck	Pfund 0.90
Frische Ananas	Pfd. 0.95 an	Himbeeren-Gelée	Pfd. 0.90
Grüne Gurken	Stck. v. 0.35 an	Bretzeln	Pfund 1.10

Frischer Spargel zu billigsten Tagespreisen

Frisches Fleisch

Kalbskamm u. Brust	Pfund 0.95
Kalbsherzenstück	1.20
Kalbschnitzel	2.10
Querleiste	0.84
Schmorfleisch m. Knochen	1.00
Schmorfleisch ohne Knochen 1.10 u.	1.25
Schweinebauch	0.75
Schweinerücken mit Bellage	1.06
Schweineschinken	1.10
Hammelvorderfleisch	1.10
Lungenfett	0.75
Gehacktes	0.80
Gulasch	0.88

Konserven

Karotten geschnitten	1/4 kg 0.33
Brechbohnen gute Qualität	1/4 kg 0.46
Schnittbohnen gute Qualität	1/4 kg 0.55
Apfelmus weiß	1/4 kg 0.68 0.48
Pflaumen	1/4 kg 0.78 0.58
Birnen, weiße Frucht	1/4 kg 0.65
Leipziger Aillerlei mit reichlich Spargel	1/4 kg 0.70
Senfgurken	1/4 kg 0.78
Vierfrucht-Marmelade 2 Pfd. Elmer	0.84
Kirschen, rot mit Stein	0.98
Aprikosen, spanische	1 Pfund-Dose 1.90

Geflügel

Tauben	Stück von 0.68 an
Hühner gefroren, Pfd. von	0.85 an
Fettenten	Pfund von 0.95 an
Hühner frisch geschlachtet	1.25 an
Junge Gänse	Pfund v. 1.55 an
Brathähnchen	Junge Stück 1.75 an

Räucherwaren

Schotter geräuchert	2 Stück 0.25
Matjesheringe	2 Stück 0.25
Räucherhafer	Pfund 0.68 0.34
Fettbücklinge	Pfund 0.33
Seelachs	Pfund 0.38
Salzheringe	5 Stück 0.50

Kolonialwaren

Erbsen, gelbe, grüne	Pfund 0.18
Bruch-Makkaroni	Pfd. 0.42
Mischobst	Pfund 0.68 0.45
Pflaumen, knollig, große	Pfund 0.48
Eier-Schnitt-Nudeln	Pfund 0.50

Wein

Maibowie (Traubewein) sehr angenehmer Geschmack	1/4 Flasche 0.68
1928er Bergzaberner Letten	häufig 1/4 Flasche 0.68
Obstsekt zu Bowlenbereitung	1/4 Flasche 0.68
1928er Liebfraumilch	ansprechend lieblich 1/4 Flasche 1.00
1927er	" bestechende, kernige Art 1/4 Flasche 1.00
Johannisbeerwein	lose, vollmundig 1 Liter 0.80
Cyder	übergorener Apfelwein, sehr schmeckhaft 1 Liter 0.60
Tarragona	vollläufig, portweinähnlich 1 Liter 1.20
Wünschelburger Korn	1/4 Liter-Fl. 1.95 1/4 Liter-Fl. 2.05 3/4 Liter-Fl. 3.00
dto. Marke "Uran"	1/4 Liter-Fl. 2.05 3/4 Liter-Fl. 3.00

Wirtschafts-Artikel

Preiswerte Angebote

Sammler-Anzeigen

In der Blüte deiner Jugend
Eilstest du dem Grabe zu,
Und so nimm als Ruhekkissen
Eine Träne mit zur Ruh'.

Am 20. Mai starb nach kurzem
Krankenlager unsere einzige Tochter
und Schwester

Frieda

im blühenden Alter von 21 Jahren.

In unsagbarem Schmerz zeigt dies
an im Namen aller Hinterbliebenen
Breslau, Gr.-Tschansch,
den 22. Mai 1930.

Paul Anders

Berta Anders geb. Anders
als Eltern

Max und Georg als Brüder.

Beerdigung Sonnabend, 24. Mai,
nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle
in Dürrgoy. 7477

Zentralverband der Zimmerer.

Am 21. Mai verschied unser langjähriges Mitglied,
der Zimmerer

Karl Hübscher

im Alter von 62 Jahren.

Ein ehrendes Andenken bewahren ihm

Die Mitglieder der Zahnstelle Breslau.

Bestätigung: Sonnabend, den 24. Mai, nachmittags

3 1/2 Uhr, von der Halle 2, Tor 6, der Oawitzer Friedhöfe.

Am 21. Mai verstarb unser langjähriger Parteigenosse, der Zimmerer

2052

Karl Hübscher

im Alter von 62 Jahren.

Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten

Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Ortsverein Groß Breslau.

Beerdigung: Sonnabend, 24. Mai, nachm. 3 1/2 Uhr,

von der Halle 2 des Oawitzer Friedhöfe.

Trauerhaus: Menzelstraße 82. Distrikt 32.

Binzelmöbel - Verkauf:

Ausschließlich, echt nußbaum poliert, von 33,- Mk. an
Ausziehtisch, echt Eiche mit Sieg. von 67,- Mk. an

Nachziehtisch, echt Eiche, m. Kristallglas, v. 35,- Mk. an

Nachziehtisch, echt nußb. pol. m. Marmor v. 55,- Mk. an

Kristallgläsern

von 27,- Mk. an

Zimmerschränke

von 7,- Mk. an

Für jedes Möbelstück leiste ich langjährige Garantie!

R. H. Gründke, Gräßlebacher Str. 59, Böh.

Fly-
Matsch!

Zu haben in Drogerien

Schönfeld & Go.

das größte und führende
Spezialhaus des Ostens für

elegante Herrenhüte und Sportmützen

vom einfachsten bis zum
allerfeinsten Genre

eröffnet Freitag

vormittags 10 Uhr ihre

6. Verkaufsstelle Friedrich-Wilh.-Str. 61

unmittelbar an der
Ecke Anderssenstraße

Durch unsere Leistungsfähigkeit immer größer,

Durch unsere Größe immer leistungsfähiger!

</

Frau und Politik

Von Hermine David

"Politik ist Männerache." Diesen Ausdruck hört man heute von keiner Politikerin, keiner Abgeordneten oder Staatsfunktionärin mehr, auch wohl kaum von einer im Beruf tätigen und im Berufsverband organisierten Frau. Es soll Männern geben, die diesen überalteten Satz noch gerne verbreiten möchten. Aber leider kann man ihn noch oft hören im inneren großen Heere der nicht berufstätigen Hausfrauen und Mütter. Sie meinen oft, "keine Zeit" zu haben, sich mit politischen Dingen zu beschäftigen, als ob es für sie, die eine so wichtige Rolle in der Volkswirtschaft spielen, eines besonderen Zeitbedarfs bedürfe, ihr volkswirtschaftliches Handeln auch vollständig zu durchdenken, was zwangsläufig zu politischer Teilnahme führen würde. Sie sehen das öffentliche Leben, Spalte der Politik, als etwas ihnen unendlich ferngerücktes. Und oft sehen sie in unbegreiflicher Bescheidenheit bedeutend zu den berufstätigen Frauen auf, von denen sie annehmen, daß sie den Quellen des Verständnisses für öffentliches Leben näher ständen. Während sie im "engen Kreis" der häuslichen und mütterlichen Pflichten keine Möglichkeiten hätten, Erkenntnisse zu sammeln, die sich in politischer Tätigkeit fruchtbar machen könnten.

Der typische Hausfrauen-Minderwertigkeitskomplex

So habe ich tatsächlich vor einiger Zeit eine Anschrift an Frauenzeitchrift gelesen, in der eine Hausfrau, Gattin eines Arztes, mit einem Einkommen, und Mutter von vier Kindern, Ernstes ihre berufstätigen Schwestern um ihren so viel besseren Blick, ihr so viel interessanteres Leben beneidet, und sie setzt von der Höhe ihrer Erfahrungen herab den gewissermaßen den beschlebenden Niederungen des Lebens dahinvegetierenden Hausfrauen und Müttern hoffend und beratend hinzu:

"Nun ist es zwar seit Siegmund Freund modern und gehört in guten Ton, einen 'Minderwertigkeitskomplex' pflegen. Und mit Stolz erlebt man, wie oft außerordentlich ehrliche Menschen, die man ob ihrer fröhlich-neiven Zuversicht eigenen Leistung und Bedeutung gerade bezeichnete wollte, ihren 'Minderwertigkeitskomplex' betonen. Nun scheint mir, daß ein ehrlicher Minderwertigkeitskomplex, der die Menschen quält und sich nicht betont. Und darum ist der typische Hausfrau-Minderwertigkeitskomplex, weil so ganz bewußt, ein echter und gefährlicher."

Frauenberuf und Frauenerwerb

Und dazu ein gänzlich unbegreiflicher! Jene erwähnte Zeit geht von der ganz falschen Vorstellung aus, als wären die spezialisierten Teilsfunktionen, die Hundertausende von Frauen und Männern tagtäglich im Rücken des Produktionsprozesses ausüben, eine an Werten reichere, geistig anregendere Tugend als die "geisttötende" Treimühle des Haushalts. Sind die meisten Frauenberufe Treimühlen weit im Sinne der Art? Man muß von der dünnen Schicht der häuslich und künstlerisch sich betätigenden Frauen abheben. Dann kann der Beruf selbstredend beglückender und ausfüllender bestimmt werden. Aber solch schöpferischer und Kulturerarbeit, zu der, wie bei den Männern, nur wenige berufen, stehen die Massenberufe gegenüber, die bei der arbeitslosen Phantasie und Geist weit weniger gefangen zu sein imstande sind, als die Tätigkeit der Hausfrau. Wo sonst im eigenen Haushalt läuft einer arbeitenden Frau auch nur schaarend die Freiheit des Entschlusses, die Selbständigkeit in Gestaltung ihres Tagewerkes zu? Gewiß auch die Hausfrauen gebunden an unaufzähmbare, immer wiederkehrende Verpflichtungen. Aber es sind Verpflichtungen, die in sich vielseitig sind, Zeiteinteilung und Technik ihrer Arbeit sind bei der Hausfrau weitgehende Angelegenheiten ihrer freien Wahl. Aus dem Grunde, daß auch in den allereinfachsten Verhältnissen nicht ein Haushalt dem anderen gleicht, kann man ersehen, daß die Mittel Gestaltung eines Heims von der Leiterin des Hauses abhängt, also ihre Veranlagung zur Organisation darüber entscheidet.

Der Blick der Hausfrau

Das organisatorische Gesicht, dieser "weite Blick" ist nun durch einen Beruf zu erwerben oder an ihn gebunden, sondern von persönlicher Veranlagung ab. Gewiß spüren die in inneren Betrieben, in Büros und im Handel tätigen Frauen schnell Wandlungen und Krisen des Wirtschaftslebens. Und in sie selbst nicht denkend auszubauen und politisch auszutun, so wird doch meist ihre Organisation nicht jürgen, mindestens was den speziellen Berufszweig betrifft, zu unterstützen. Aber noch umfassender kann die ihr Hausfrau organisierende Frau die großen Zusammenhänge zwischen Politik und Wirtschaft und ihre Verpflichtungen des einzelnen spüren, wenn sie dazu veranlagt ist, über ihre Taten Gedanken zu machen. Hier allerdings ist der endgültige Punkt. Sie muß, was ihr im Wirtschaftsleben tagtäglich gegenübertritt auch beobachten und beurteilen lernen und den Mut aufbringen, ihrem Urteil zu trauen und Schlüsse daraus zu ziehen.

Es gibt kaum ein Steuergesetz, das nicht im Sinne der Hausfrau sich irgendwie fühlbar macht. Wenn jetzt Reaktion über Zoll erhöhungen, über Besteuerungen von Gütern des täglichen Bedarfs, über Brotgetreide, Besteuerung wirtschaftlicher Produkte verhandelt, geht das die Einzelwirtschaft nicht sehr nah an — ist da Politik wirklich nur ein Blasphemie?

Die Rüste der Probleme, die sich einer denkenden Hausfrau präsentieren, hätte längst schon diesen mächtigen Konkurrentenkreis entlassen müssen, ihre organisierte Macht durch Partei und Konföderation zur Geltung zu bringen und dadurch politisch bedeutsam zum Segen der großen Massen zu werden, wäre den nun nicht der bezogene, unbegreifliche Minderwertigkeitskomplex.

Der Aufbau ihres Heims

Aber nicht nur als Konsumtent muss politisches Leben die Hausfrauen interessieren. Der ganze Aufbau des Heims hängt von Faktoren ab, die lediglich politisch bedeutsam werden. Nicht jeder Haushalt ist ein wirkliches "heim". Was es dazu auch in den Fällen bedeutsamsten finanziellen Spielraums macht, ist, wie wir schon sagten, persönliche Fassung durch die Hausfrau. Die Möglichkeiten zu befriedigender Gestaltung sind freilich durch die leidige Wohnungsnutzung politisch geschränkt. Wie die Dinge heute liegen, und wie auch Frau weiß, fällt die Aufgabe der Wohnungsbefestigung im wesentlichen der Deutschen Reichsregierung zu. Großzügige Siedlungswerke, Kommunen und öffentliche Körperchaften haben gezeigt, auch für die minderbemittelten Bevölkerungsschichten Heimwerken beabsichtigt werden können, in denen sich ein Familienleben erheben kann, das das Leben erst lebenswert macht und den erheben darf, eine Pflegestätte persönlicher Kultur zu sein. Die heimstiftende Botschaft politisch und die Kultur zu sein, die das möglich macht, ist darum ganz gewiß eine Männerache!

Ausgaben als Mutter

Weist nun schon die wirtschaftliche Tätigkeit der Hausfrau, wie schon, eine Menge Gedankenarbeit zu, so ist die Ausgabe

Dinge, die die häusliche Gemeinschaft so lebhaft bewegen, wie die politische Welt und die darum der tätigen Anteilnahme der Frau und Mutter bedürfen. Keine falsche Bescheidenheit darf sie davon zurückhalten.

Und dann ihr Kind

Es ist auch kein Minderwertigkeitskomplex angebracht, wenn die Mutter ihr heranwachsendes Kind in der Schule überzeugt und sich plötzlich neuer schwierigender Erziehungsfragen gegenüber sieht. Es gilt dann allerdings für die denkende Mutter, der Durchdringung dieser Probleme nicht auszuweichen. Auch nicht zurückzuschreiten, wenn sie sieht, daß ihr Kind durch die Schule, sei es durch bewußte, klassenmäßig besangene Einflussnahme des Lehrers, sei es durch ungünstig wirkenden Verkehr mit Kameraden in einer, dem häuslichen Kreis entgegengesetzten, unharmonischen Entwicklung hineingedrängt wird. Hier dem Kind, bis zu dessen eigener Reise, Halt bieten zu können, verlangt natürlich von der Mutter selbst, daß sie die tiefsten weltanschaulichen Gründe ihrer eigenen Lebensgestaltung durchdenkt. Dann kann sie vor ihrem Kind als Führerin bestehen und segensreich und erziehlich, sei es im Kreis seiner Kameraden oder im Elternbeirat der Schule, nach außen wirken.

Ganz klar aber sollte sie Stellung nehmen dazu, ob sie in ihrem Kind die noch allzuviel an Schulen gepflegte Bewunderung der alten Ideale der Gewalt und Macht und mit ihm wachsen lassen will. Oder ob sie in ihm die Erfahrung macht und lebendig erhält für Volksgemeinschaft und Gemeinschaft aller Völker. Hier nun weitet sie die Aufgabe der Mutter in ihrem "engen Kreis" zu einer weltgesichtlichen Mission. Denn damit entscheiden — wenn auch nicht allein, aber doch wesentlich mit — über die größte Frage der Weltpolitik und der Zukunft: über Frieden und Frieden!

Nein, Politik ist nicht nur Männerache

Aus dem Gerichtssaal

Ein teurer Rausch

Eine Schauspielerin zerstochen

Unter der Anklage der vorsätzlichen Sachbeschädigung hatte sich am Mittwoch vor dem Eingekreister der 35 Jahre alte Kriegsbeschädigte J. zu verantworten. J. ist derjenige, der in der Nacht zum 19. Januar d. J. die große Schauspielerin, die einen Wert von 995 Mark darstellt, der Firma Aber auf der Schweidniger Straße einschlug, und dann hineinzutreten versuchte. Er war an dem Abend im Schweidniger Keller gewesen, hatte einige Glas Bier getrunken und war dann nach Hause gemeldet. Vor Gericht erklärte er, daß er von der ganzen Sache nichts wisse. Er habe erst in der Zeitung gelesen, was er gemacht haben soll. Es tue ihm sehr leid, die wertvolle Scheibe zerstochen zu haben, aber er könne nichts dafür; denn wenn er etwas getrunken habe, sei er seiner Kräften nicht mächtig. Er ist als Flugzeugführer abgestürzt und 50 Prozent kriegsbeschädigt. Ganz genauestig aufgerichtet wurde er, als ihm der Richter vorhielt, daß er doch dann nicht trinken dürfe, wenn er wisse, daß er dann alsterhand antrete, was ihm später leid tut. J. erklärte, daß ihm das Biertrinken doch niemand verbieten könne, und wenn er Durst oder Hunger gehabt habe, müsse er etwas trinken. Den Anlaß für seine Zerstörungswut hatte offenbar ein Gemälde gegeben, das im Schaukasten hing, auf dem ein unbekleideter Mensch dargestellt war. Mit einer großen Ansprache an das Bild holte er ein Loch in die Scheibe geschlagen und suchte dann durch dieses hindurchzutriechen. Da waren aber bereits Leute hinzugekommen, die ihn davon abhielten; denn dabei hätte er sich bestimmt den Hals durchschneiden. Da J. schon wegen Sachbeschädigung vorbestraft ist, beantragte der Anwalt einen Monat Gefängnis. Der Richter erkannte auf zwei Wochen Gefängnis. Er glaubte ihm nicht, daß er faullos betrunken gewesen sei. Dagegen ist wohl anzunehmen, daß er in angetrunkenem Zustand noch unter der eingeschlagenen Kriegsverletzung zu leiden habe. Das heißt für ihn wäre natürlich, wenn der Angeklagte wahr machen würde, was er gelobte, daß er nichts mehr trinken werde, weil er sich über die Sache zu sehr geärgert habe.

Schwere Strafe für Wilddieberei

Die Jagdbeijäger im Kreise Winzig wurden im vorigen Jahre erheblich beunruhigt. Ein Wilddieb hatte ihnen einiges Wild weggeschossen. Da hatte sich durch allerlei Gerüchte der 25 Jahre alte Arbeiter Karl Pech verdächtig gemacht. Auch hatte er Silvester etwas unter seiner Kappe hervorgezogen und gelöst, es sei ein erlegter Fuchs. Am 27. November vorigen Jahres traf ihn dann auch der Hilfspolizist Feijse im Walde bei Glumbowitz mit einem Gewehr an. In seinem blutigen Rucksack hatte er eine Jaguarenhaut und zwanzig Patronen. Er behauptete zwar, den Fasan gefunden zu haben; da aber am Tage zuvor keine Jagd stattgefunden hatte und das Tier auch ganz frisch gejagt war, wurde ihm dies nicht geglaubt. Schließlich soll Pech zum Fuchs gefragt haben, doch er stotterte und schwieg. Recht ungünstig fiel für Pech auch eine bei ihm vorgenommene Hausthingabe aus; denn da wurden außer acht Wissensanalen auch Schlingendrahrt und Fangnetze gefunden. Am 30. Januar dieses Jahres wurde Pech dann verhaftet. Er ist schon wegen Jagdvergehen und wegen gefährlicher Körper-

verletzung vorbestraft; auch schwelen noch weitere Straftaten gegen ihn. Jetzt stand er vor dem Erweiterten Schöffengericht, um sich wegen gewerbsmäßigen Wildens, Bedrohung und unbefugten Waffenbesitzes zu verantworten. Nach den Angaben des Hilfspolizisten habe Pech bei seinem Anblick die geladene Waffe entzückt und sie auf ihn angelegt. Der Staatsanwalt hielt den Angeklagten für den gefährlichsten Brecher "Winzigs" und beantragte ein Jahr Gefängnis, zwei Jahre Fahrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht. Das Gericht hielt die Bedrohung des Försters doch nicht für einwandfrei erwiesen und verurteilte ihn wegen Jagdvergehen in zwei Jahren und wegen unerlaubten Waffenbesitzes zu fünf Monaten Gefängnis. Dreieinhalb Monate wurden ihm durch die Untersuchungshaft als verhängt angerechnet, der Festbefehl aber aufrecht erhalten.

Zimmer wieder die Autorakerei

900 Mark Geldstrafe für jahrlässige Tötung

Mit einer unglaublich tollen Autorakerei hatte sich das Erweiterte Schöffengericht zu beschäftigen. Tagesleger wegen Vergehens gegen das Kraftfahrzeuggesetz und jahrlässiger Tötung war der Kaufmann Wolfgang Herrmann, der westliche Vertretende Filialleiter der Hoch-Werke A.-G., Breslau.

Der Angeklagte raste am 1. März d. J. mit einem neuen Hochwagen die Chaussee von Ohlau kommend nach Breslau. Der 62 Jahre alte Landwirt Wilhelm Feijse aus Thoehnisch kam vom Felde auf seinem Fahrrad in derselben Richtung von Ohlau her. Feijse, der lärmhörig war und vor 2 Jahren von einem Auto angefahren worden war, fuhr seit dieser Zeit besonders vorsichtig, auch hatte er sich einen Rückenspiegel am Rad anbringen lassen. Wie fuhr er aber mit seinem Rad quer über die Chaussee. Wollte er diese überqueren, so stieg er vorher ab. Wehet die seine Gewohnheit konnten eine ganze Reihe von Dorfbewohnern berichten. Doch alle Befürchtungen waren vergebens. Gegen 17.30 Uhr am 1. März kam Herrmann mit einer Geschwindigkeit von mehr wie 70 Kilometern die Chaussee entlang gerast. Andere Autoführer schätzten die Geschwindigkeit sogar auf 80 Kilometer. Am Eingang des Dorfes Thoehnisch stehen einige vereinigte Wirtschaften, auch die des Feijse. Hier hatte Herrmann noch eine 60-Kilometer-Geschwindigkeit, obgleich er sich schon in einer geschlossenen Ortschaft befand, wo höchstens bis zu 30 Kilometern gefahren werden darf. Mit der rechten Bordseite hatte das Auto Feijse erfaßt und ihn tödlich verletzt auf den Fußsteig geworfen. Unter einer Schädel- und Gehirnzertrümmerung hatte er Bilzurzitis, Rippenbrüche, Brustbeinbruch und einen linken Unterarmelsbruch davongetragen. Er war auf der Stelle tot. Die hohe Geschwindigkeit des Autos läßt sich am besten daran erkennen, daß Herrmann den Wagen erst 100 Meter weiter zum Stehen bringen konnte. Herrmann erklärte vor Gericht, daß Feijse kurz vor seinem Auto die rechte Straßenseite verlassen und links abgebogen sei. Das widersprach über seiner sonstigen Gewohnheit, auch ließ die Art der Verletzungen den Schluss zu, daß er von dem Auto angefahren wurde. Besonders leichtfertig und jahrlässig hat der Angeklagte aber damit gehandelt, daß er in diesem Tempo durch eine geöffnete Ortschaft fuhr. Der Staatsanwalt beantragte 5 Monate Gefängnis. Das Gericht erkannte auf nur 2 Monate, verwandelte diese aber in eine Geldstrafe von 900 Mark zu.

Noch einmal zur Frage der Elektrizitätswirtschaft

Die hierigen "Neuesten Nachrichten" vertreten in dieser Frage zügsichtslos das Interesse einzelner Bankiers entgegen dem Interesse seiner Breslauer Bevölkerung. Gange Druckseiten opfern sie, wenn der Artikelsschreiber für den Anschluß eintritt; jede andere Meinung wird sabotiert und totgeschwiegen. Neben falsche Richtigstellungen kein Wort, zu ihrer Widerlegung keinen Verlust; dafür immer wieder die unmahren Behauptungen über Verpflichtungssicherheit, immer wieder falsche Betriebszahlen und Zahlennangaben, die nur aus irreführenden Unterlagen und Wissenskosten gefolgt werden können, aber absolut keinen Einblick in die wirtschaftlichen Betriebsverhältnisse gewähren oder verleihen. Zur Erwideration über den letzten Aufsatz, den der Prof. Dr. Eugen Euler, Technische Hochschule Breslau, zeichnete, geben wir unserem Sachverständigen Gutachter nochmals das Wort.

Die Redaktion.

Herr Professor Euler bringt Zahlennangaben, die ganz zweifellos auf unrichtige Informationen zurückgeführt werden müssen. Er schreibt z. B. in der vierten Spalte wörtlich, daß die von Thoehnisch zur Verfügung gestellte Leistung nur 1500 Stunden im Jahre wären, während Spalte unternommen zu werden braucht. „... und weiter unten: Sollte die Stadt später noch dazu übergehen, nicht nur Spieldienst, sondern auch Grundlast zu beziehen, dann würde der Strompreis noch weiter sinken (d. h. unter den Bezugspreis bei 80 Millionen KWh),

z. B. bei einer Entnahme von 40 Millionen KWh auf 3,38 Pf. u. w. .“

Dem ist die Totlage entgegenzuhalten, daß überhaupt nur 5 (fünf) Millionen KWh Spitzenstrom in Breslau abgenommen werden können. Deshalb darf eben nur für diese fünf Millionen der angegebene höhere Preis als gerechtfertigt gelten. Alles übrige ist Grundlast und bleibt Grundlast und darf deshalb niemals die Eigenverzehrung verleihen. Darum ist der ganze Lieferungsvertrag in jahrlicher Form aufgebaut, — ohne Berücksichtigung der Erfahrungen anderer Städte. Der wirkliche Strompreis beträgt jahrläufig 7 Pf. im Mittel, also das Doppelte dessen, was zulässig wäre.

Falls sind weiter die Angaben über die Betriebsleistungen. Im Werk am Scheibenweg sind Maschinen mit 58 000 KW installiert; Euler gibt 6600 KW zu wenig an. Dagegen ist die Dauerhöchstleistung der Anschlußleitung mit 32 000 KW, um mindestens 10 000 KW, wahrscheinlich aber um 12 000 KVA vorgesehen, bei dem festgelegten Leistungsfaktor von 1,0 KVA werden sie nur 20 000 KW übertragen können. Reserven sind nicht projektiert, außerdem fehlt im Bericht jede verbindliche Garantie für die Lieferung.

Im Gegenzug zu Euler muss festgestellt werden, daß es eine bessere Momentanreserve als Akkumulatoren und Autotransformatoren nicht gibt; die letzteren sind zugleich auch die billiger und wirtschaftlichsen Leistungsvorräte in einem Umfang, der praktisch

Arbeitsbeschaffung durch die Provinz

Das von der Sozialdemokratie angeregte Arbeitsbeschaffungsprogramm des Provinziallandtages hat bei den bürgerlichen Fraktionen belästigend nur sehr lange Gegenleute gefunden, weswegen man auch von bürgerlicher Seite die Aussage auf 0,5 Prozent der Provinzialneuern für dieses Jahr und 1 Prozent für die folgenden Jahre begrenzt. Trotzdem wird es nicht unwe sentlich sein, schwanken, was gemacht werden kann. Genosse P. Kröger, Erster Bürgermeister von Neusalz a. D., stellt uns freundlicherweise den nachstehenden Aufsatz zur Verfügung, der die Frage kritisch ihrer technischen Ausführbarkeit auf Grund der Denkschrift der Provinzialverwaltung behandelt. Die Redaktion.

Wenn die wirtschaftlichen Verhältnisse sich verschlechtern, der Wirtschaftsmarkt in kaum geplanter Weise durch Erwerbslose betroffen wird, die Kaufkraft sinkt und Millionen deutscher Familien auf geringen Unterstützungsleistungen ihr Dasein fristen und nach Halt rufen, dann ist es naheliegend, daß in erster Linie an die Gemeinden die Förderung nach Arbeitsbeschaffung gestellt werden kann. In den von der Wirtschaftskrise Betroffenen am meisten stehen. Und es ist erklärlich, daß der größte Kommunalbau, die Provinz aufgesondert wird, ihrerseits zusätzlich zu unternehmen, um, soweit es möglich ist, lindernd einzutreten. Die Not ist so allgemein, daß sich der Provinziallandtag am 1. Februar fast einstimmig zu einer Einschließung entschieden hat, welche die Provinzialverwaltung aufforderte, dem Provinziallandtag einen Vorschlag zur Arbeitsbeschaffung zu erbreiten. Dieser Beschluß des Provinziallandtages war um so leichter, als kurz vorher durch die Denkschrift der Landespolitik der Leiter des Provinzialsprechers die Notlage besonders eindrücklich dargestellt war, mit weis allgemein die Überzeugung erlangt, daß die Provinz nicht nur von Reich und Staat Hilfe fordern soll, sondern auch selbst verpflichtet ist, das zu tun, wogegen im Rahmen ihrer Mittel in stande ist.

Die Provinzialverwaltung hat eine Denkschrift ausgestellt, die in ihrem ersten Teile mit Zahlen die schlechte Lage des Wirtschaftsmarktes in der Provinz Schlesien beweist und vor den Dingen deutlich darlegt, daß die Verhältnisse in Schlesien höchst ungünstiger liegen als im Durchschnitt in Deutschland oder in den allermeisten anderen deutschen Landesteilen. Auf und dieser Denkschrift hat der Provinziallandtag in seiner letzten Tagung beschlossen, in den Jahren 1930 bis 1932 außerhalb ordentlichen Staats zu ähnliche Arbeiten ausführen zu lassen, so er hat zur Deckung der Unkosten und des Anteilsdienstes das Etatjahr 1930 die Summe von 200 000 Mark, das ist ein Projekt der der Provinzialbefreiung grundlegenden Provinzialsteuern, bewilligt. Außerdem ist der Provinzialausschuß beauftragt, Anleihen bis zum Gesamtbetrag von 5 000 000 Mark zu schließen.

Auf dem ersten Wege scheint das Ergebnis recht dürrig zu sein. Es muß aber in Erwägung gezogen werden, daß sich die mit

ca. 6 Millionen Mark im Rechnungsjahr 1930 auszuführenden Arbeiten auf die Dauer in einer höheren Belastung als 0,5 Prozent

Provinzialsteuern auswirken, da sich die Zinsen und die

Einzahlungsbeiträge im ersten Jahre nicht in voller Höhe der jährlichen Annuitäten errechnen. Bei der Beschlussschaffung war

in Erwägung zu ziehen, die Gesamtbelastung des

Provinzialhaushalts nach Durchführung des gesamten dreijährigen Arbeitsbeschaffungsprogramms. Es dürfte wohl dazu kommen,

während der drei Jahre für mindestens 2 Millionen Mark Arbeiten zur Ausführung kommen, die im Falle der Höchstbelastung 3 Prozent Provinzialsteuern erfordern. Die auf diese

zu zulässige belastigte Zahl der Arbeiter wird bei voller

Ausführung des Programms laufend annähernd 3000 sein. Das

würde bedeuten, daß in jedem Jahr etwa 9000 Erwerbslose etwa

Wochen lang Beschäftigung hätten, da ja nach den geltenden

Voraussetzungen ein Rostandsarbeiter nur 12 Wochen hinter

anderen beschäftigt werden darf. Das Ergebnis ist im Ver

hältnis zu der in die Hunderttausende gehenden Zahl der Erwerbs-

leute recht mager, und es wird sicher viel Mühe kosten, das

Arbeitsbeschaffungsprogramm selbst in diesem Rahmen zur

Umsetzung zu bringen. Nur ganz großzügige Projekte, wie

die der Ober-Chef-Kanal, könnten in bedeutendem Maße

Arbeitsmarkt entlasten. Die zahlreichen kleineren Projekte,

von der Provinz durchgeführt werden können, werden sich im

gemeinen nicht anders auswirken, als hier angegeben. Es ist

auch unbestritten, daß auf dem Wege über Rostandsarbeiten

das Problem der Erwerbslosigkeit nicht gelöst werden kann.

Die Arbeitsmöglichkeiten, die in der Denkschrift der Provinzialverwaltung über das Arbeitsbeschaffungsprogramm angedeutet sind, bewegen sich alle im Rahmen des Aufgabekreises der Provinz.

Im Straßenbau ist besonders gedacht an Fahrbahnverbesserungen, Kleinpflasterungen und Straßenverlegungen. Gerade die Kleinpflasterstrassen sind für Schlesien von großer Bedeutung, weil die Beschaffung des Materials die Steinindustrie, die sehr weit darnahe liegt, etwas beleben könnte, und weil außerdem die Kleinpflasterdecken von großer Haltbarkeit und deshalb von

höchster wirtschaftlicher Werte sind. Es wäre zu wünschen, daß gerade Kleinpflasterungen besonders in den Vordergrund gerückt werden. Die Denkschrift hat ferner den Bau einer Autobahn nach dem Eulengebirge aufgenommen. Die Gesamtkosten würden mit 12,6 Millionen Mark angegeben. Es ist sicher, daß dieser Straßenbau eine Heranleitung gerade von Erwerbslosen aus besonderen ermöglichen würde. Doch muß man sich vor Augen halten, daß der notwendige Erwerb des Grundes und Bodens langwierig und teuer ist. Sehr begreiflich für die Provinzialverwaltung ist die

erstecke Unterstützung des Straßenbaus der Kreise und Gemeinden. Bei einer Bevölkerung der Bautosten mit 20 Prozent und die Provinz dürften sicher viel Wegenunterhaltungssträger veranlaßt sehen, Straßenbauten vorzunehmen, die ohne diesen Aufwand nicht ausgeführt werden können. Unzählige Begradigungen gefährlicher Kurven, Befestigungen stark befahrener Landes- und ordentliche Herstellungen von Dorfstraßen müssen noch

durchgeführt werden, wenn wir auch nur zunächst die Verkehrsverhältnisse haben wollen, wie sie im Westen üblich sind.

Im Bereich der Fließbauerwerbung steht die Denkschrift in großem Umfang an Bauarbeiten und überplanmäßige Unterhaltungsarbeiten an den Hochwasserläufen vor. Diese Arbeiten sind für zusätzliche Arbeitsbeschaffung deshalb von besonderer Bedeutung, weil im Verhältnis zu den Gesamtkosten ein großer Teil ungeliebter Arbeitnehmer beschäftigt werden kann. Ein Erwerbslosen-Lagewerk kostet nach der Ausschreibung nur 10,29 Mark. Von diesen Milliarden ist besonders der Ausbau der Bahn zu erwähnen, der so weit vorbereitet ist, daß er sofort in Angriff genommen werden kann. Die Denkschrift enthält mehrere Bauanträge, eines an der schnellen Reichsstraße bei Pilgramsdorf, vier Stauboden im Fließgebiet der Peiße und ein Stauboden bei der Bartschel Siedlung. Die Gesamtkosten je Erwerbslosen-togewert sind hier mit 15,77 Mark erachtet.

Es ist ferner vorgesehen die Unterstützung von Meliorationen durch Gemeinschaften. Der Anteil der Provinz erscheint hier in der Zahlung von Zuflüssen. Auch diese Arbeiten sind für Arbeitsbeschaffung besonders geeignet und haben den Vorteil, daß sie die Hilfe der Provinz auf alle Kreise verteilen. Schließlich bringt die Denkschrift von Stauanlagen zur Kraftgewinnung für das Provinzial-Elektrizitätswerk. Die Anlagen dienen sowohl dem Hochwasserabfluß wie der Erzeugung von elektrischem Strom. Es ist die einzige Arbeitsmöglichkeit, die ganz oder doch wenigstens einen Teil des Vorzugs hat, daß die notwendigen Kosten für den Schuldenstand von der Provinz herausgewirtschaftet werden können.

Diese Ausführungen beweisen, daß manigfache Gelegenheiten zur Arbeitsbeschaffung da sind, und doch wenigen davon. Die bisher getroffene Auswahl der Projekte zeigt aber weiter, daß es sich in der Hauptsache um Bauten handelt, die sicherlich im

Raume der nächsten beiden Jahrzehnte von der Provinz hätten durchgeführt werden müssen. Was also heute an Schulden und Steuern mehr aufgewandt wird, füllt in der Zukunft fort. Gerade in Kenntnis dieser Tatsache hatte die Sozialdemokratische Fraktion des Landtages noch einen anderen Weg zur Entlastung des Arbeitsmarktes in Schlesien vorgeschlagen. Sie hatte beantragt, daß die Provinz eine Anteile aufzunehmen sollte, die zur Unterstützung der Baumaßnahmen in der Weise dienen sollte, daß aus dem Ertüg der Anteile verhältnismäßig Kapitalen an die Kommunen für Neubauten weitergegeben würden. Dieser Vorschlag war sehr geeignet, Arbeit zu beschaffen und die andere große Aufgabe unserer Zeit, Wohnungen zu erstellen, in gewissem Sinne der Lösung näherzubringen. Auch hier wäre es möglich gewesen, die Förderung des Wohnungsbaues an den verschiedenen Stellen der Provinz zu betreiben. Der Antrag ist leider von der Mehrheit des Provinziallandtages abgelehnt worden.

Wenn auch zusammenfassend gefragt werden muß, daß das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Provinz für den Wirtschaftsmarkt und die gesamte Wirtschaftslage in Schlesien von untergeordneter Bedeutung ist, so ist doch nicht zu unterschätzen die Tatsache, daß die Provinz sich unter Aufstellung ihrer Kräfte in den Dienst der Hilfe für den Osten stellt. Es ist auch der große moralische Wert anzuerkennen, den die Arbeitsbeschaffung der Provinz hat und der darin liegt, daß in einem neuen Beispiel bewiesen wird, daß die Allgemeinheit für die notleidenden Berufslände eintraten kann und eintreten muß. Nicht zum Geringsten ist dieser Erfolg der zielbewußten Tätigkeit der Sozialdemokratischen Fraktion des Provinziallandtages zu zuschreiben.

Deutsche Duldsamkeit

Was der Generaler ein „starkes Stück“ nennt

In Deutsch-Oberschlesien gibt es polnische Pfadfinder. Viel werden ihrer reichlich Unterstützung national-polnischer Kreise nicht sein, aber sie sind vorhanden und veranstalten dieser Tage in der Beuthener Vorstadt Röhrberg einen Umzug und eine Fahnenweihe. Das allein genügt, damit der Breslauer „Generaler“ — der bekanntlich unpolitisch ist — unter der jüdischen Überschrift „Deutsche Duldsamkeit“ die bedeutsame Feststellung trifft, die polnische Minderheit habe sich damit „ein starkes Stück geselbstet“, wobei er sich höchst ungünstigerweise, auf den Bromberger Pfadfinderprozeß beruft.

Wenn man im fremden Land Toleranz verlangt, muß man sie auch im eigenen vertreten. Die subtile Unterscheidung zwischen der politischen Betonung des unpolitischen bzw. politischen Charakters der deutschen Pfadfinder in Polen und der polnischen Pfadfinder in Deutschland, die die „Breslauer Neuesten“ dabei anstellen, werden im internationalen Meinungskreis kaum ins Gewicht fallen. Man soll mit dem Wort militärisch-politisch überhaupt vorsichtig sein, Pfadfinder sind unseres sozialistischen Beurteilung nach durchweg und unbeschadet der Nationalität militärisch in ihrer Gestaltung; unter militärisch-politisch aber denkt man sich gewöhnlich so eine Art Einwohnerwehr. Wir haben keinen Anlaß, uns vor sie zu stellen, aber wir haben Anlaß, da gegen Front zu machen, daß unerhebliche Vorgänge im Grenzgebiet systematisch zur Hebe gegen den neuen „Feind“ verwendet werden.

Heiligens sind auch die polnischen Nationalisten sehr aufgeregt. Ein Pfarrer, der auf den undeutschen Namen Strzybnia hört, hat sich nämlich geweckt, den Wimpel der polnischen Jünglinge zu weihen. Darüber ist man jenseits der Brzoz lehr böse, denn ohne Weißwasser und Segensspruch geht dort auch bei den Pfadfindern nichts ob. Mit Sozialisten wundern uns weniger, wenn auch die Begründung, fahren solcher Organisationen würden nicht kirchlich eingeweiht, sicher falsch ist, denn laut ist man in katholischen Kreisen mit dem Segen für militärische Kinderlichkeit keineswegs untermischlich. Nur jetzt verträgt man schlecht, davon kann zum Beispiel die Hindenburgsche Arbeiterjugend ein Lied singen, der man es vor Tagen verachtete, einer toten Genossen einen Kranz mit schwarz-rot-goldener Schleife — mit reinem Rot hatte man es garnicht erst versucht — zum letzten Geleit mitzugeben.

Der Mord in Wölfelsgrund

Festgenommener Zuchthaushäftling als Täter?

Der im Wölfelsgrund ermordeten Witwe Wolfschoen sind nach den bisherigen Feststellungen etwa 250 Mark geraubt worden, die sie in ihrer Handtasche trug. Montag mittag wurde in Illersdorf an der Biele von dem Landjäger Hoffmann der am 9. Mai aus der Strafanstalt Wohlau entsprungene Zuchthäusler Richard Neugebauer festgenommen und in die Strafanstalt zurücktransportiert. Nun hat sich, wie WTB, meldet, herausgestellt, daß der Festgenommene als der Täter von Wölfelsgrund in Frage kommt. Er wurde bereits Mittwoch per Auto nach der Glasschafft Glashütte zurückgebracht. Neugebauer hat im März 1929 150 Meter von dem jetzigen Tatort einen ganz ähnlichen Raubüberfall auf eine Frau und kurz darauf bei Reinerz einen weiteren überall begangen, weshalb er zu einer längeren Zuchthausstrafe verurteilt worden war. Angeblich ist bei ihm ein Frauenknoten gefunden worden, was zu dem Indizium der gleichartigen Raubüberfälle als bestehendes Moment hinzufügte.

Strafversfahren gegen Dr. Wieschner

Wolfschlesischer Landesbund meldet, daß der Senat des Kammergerichts den gegen die Einstellung des Strafversfahrens eingeleiteten Beschwerden entsprochen und die Staatsanwaltschaft angewiesen hat, Anklage gegen den suspendierten Oberbürgermeister Dr. Wieschner zu erheben. Es dürfte sich dabei insbesondere um die verhängnisvolle „Gehäftsverbindung“ mit dem wegen Betruges verurteilten Bankiers Rathke handeln. Das Verfahren dürfte wegen Untreue eingeleitet werden.

Unfall vor dem Heizkessel

In der schlesischen Zellulose- und Papierfabrik in Cunnersdorf (Nab.) schlug im Kesselhaus beim Auffüllen von neuen Kohlen plötzlich eine Stichflamme aus dem Kessel und hielt den Heizer Bergmann in ein Flammenmeer. Er wurde im Gesicht, an Händen, Armen und Beinen schwer verbrannt. Als der Oberheizer Schubert seinem Kollegen zu Hilfe eilte, wurde er selbst ebenfalls im Gesicht und an den Händen erheblich verbrannt. Bergmann mußte sofort ins Warmbrunner Krankenhaus überführt werden.

Soll der Schlesische Sejm wieder aufgelöst werden?

Auf der Suche nach einer polnischen Einheitsfront

Der „Ost-Express“ meldet über Warschau, daß Grażyna dieser Tage die Führer der Sozialdemokraten und der Nationalen Arbeiterpartei zu sich geholt habe, um über die Möglichkeit eines Zusammenschlusses mit dem Regierungsbündnis zu verhandeln, der bei Einzuholung der beiden genannten Fraktionen um 7 auf insgesamt 17 Abgeordnete erweitert und damit die stärkste Gruppe im Sejm geworden wäre. Die Gemüthsfrage Grażyna ist nun offenbar beendet, verlassen, wobei die Unterhandlung mit dem Sozialdemokraten Galan zu (bekanntlich) haben die polnischen Genossen mit dem deutschen Sozialdemokraten Blaschmann einen einzigen sozialistischen Sejm (Fraktion) gebildet. (Ed.)

Die Oppositionspresse führt die Verhandlungen darauf

aus, daß dem Wiederholen bei seinem nach den Schlesischen Wahlen

erfolgten Besuch in Warschau von Mitgliedern der Regierung

der Antrag erfüllt worden war, eine „polnische Mehrheit“ im Schlesischen Sejm zu bringen. Diese Version findet ihre Bestätigung in der Warschauer offiziellen „Gazeta Polska“. In den Spalten dieses Blattes erklärt der Abgeordnete Pawełski, Vorsitzender des Regierungsbünds in Schlesien, daß der neue Sejm keine Ausgaben Schlesien gegenüber nur dann erfüllen kann, wenn er über eine „absolute polnische Mehrheit“ verfüge. Sollte der Appell der Regierungsgruppe zur Mehrheitsbildung ungehört bleiben und der Schlesische Sejm von den Deutschen zu staatsfeindlichen, von der polnischen Opposition zu regierungsfreindlichen Aktionen benutzt werden, so werde die Regierungsgruppe davor nicht zurücktreten, einen Entschluß auf Auflösung des soeben gewählten Sejms zu stellen.

Walbenburg. Vom Schlachtfeld der Arbeit. Im Betriebe des Juliuschächtes verunglückte der Hauer Adam Gisner aus Witzwasser. Er wurde zwischen zwei Förderwagen gesquetscht und erlitt einen Bruch der Halswirbelsäule. Er ist auf dem Transport nach dem Knappenhäuschen seinen Verletzungen erlegen.

Schweidnig. Winter wird auf seine Berechnungsfähigkeit untersucht. Der Vater des Hauptangestellten in der Laubnitzer Mordgeschichte, der gegenwärtig eine Strafe in Freiheit verbüßt, hat den Antrag gestellt, seinen Sohn auf seinen Gefesselszettel hin zu untersuchen, weil er ihn nicht für vollzurechnungsfähig halte.

Kattowitz. Die Arbeitslosen demonstrierten — Polizei nahm an ihnen zur „Besänftigung“. Vor dem Wojewodschaftsgebäude kam es zu großen Ansammlungen von Arbeitslosen, die eine Delegation in das Wojewodschaftsgebäude entsenden wollten. Als ihr Empfang abgelehnt wurde, beschwerte sich der Arbeitslose große Erregung; es wurden heftige Proteste laut. In wenigen Minuten traf ein breites Polizeiaufgebot ein, das die nach Hunderten zählende Menge der Arbeitslosen auseinandertrieb, wobei mehrere Verhaftungen vorgenommen wurden.

Flug der Umgehung

Böhlanowitz. Der neue Haushaltspol der Gemeinde wurde in der letzten Gemeindevertretersitzung beraten und festgelegt. Da die hauptamtlichen Steuerzahler eingemeindet wurden, in die Finanzlage der Gemeinde keineswegs eingegangen. Der Gemeindevertreter sollte sich einem Antrag des Genossen Vilge entsprechend mit der Justizverwaltung in Verbindung setzen, ob nicht die drei alten Leute, die am 1. Januar entlassen wurden, wieder eingestellt werden können, da ihre Unterstützungsliste abgelaufen ist und sie jetzt der Gemeinde zur Last fallen, hat sich aber bereits erledigt und abgeschlagen. Bescheid bekommen. Unter Berücksichtung wurden 250 Mark für den Garagenbau der Kraftwagenlinie Breslau-Skarina, von denen ein Gastwirt 100 Mark freiwillig zu seinen Kosten übernahm, bezahlt.

Opperau. In der letzten Gemeinde-Vertreter-Sitzung wurde nach Wahl von zwei Ausschüssen für die erste Einrichtung einer Unfall-Hilfsstelle durch die Arbeiter-Samariter einstimmig 50 Mark bewilligt. Der Gebäude-Steuern-Nutzungswert für die Schule wurde auf 350 Mark und für den Bahnhofsportplatz auf 1000 Mark festgestellt. Über die Höhe der voraussichtlichen Reparaturkosten einer Wohnung soll ein Kaufvertragsvertrag geben. Der bürgerliche Vertreter Schmid und Hausbesitzer Rückl kann dem jetzigen Inhaber der betreffenden Wohnung zwar auch keine gefündene verschaffen, aber vor gar nicht langer Zeit wußte er, daß in Opperau vier Wohnungen leer standen, wo das ist allerdings kein Geheimnis. Bei der Feststellung des Haushaltspolnes gehen unsere Genossen folgende Erklärung ab: „Da der Gemeindevertreter unserer Nachbarn nicht mehr besteht, lehnen wir den Staat ab. Gemäß dieser Erklärung wurde die Abstimmung mit 7 gegen 4 Stimmen beschlossen. Hierbei verlor die Gemeindevertreter die Stimmen der Schlosser, die beide gegen den Staat sind, nicht gelten zu lassen. Ein Genosse war durch Krankheit an der Teilnahme an dem Wahlgang betroffen. Sonst wäre das Ergebnis noch schlechter für den „Diktator“ ausfallen. Der bürgerliche Gürkereibesitzer Maier verzichtete, in der vorletzten Sitzung eine Arbeitslosen-Unterstützung von 20 Mark für drei Personen als „jüdischen Wohlfahrtsdienst“ bezeichnete, sprach dem Gemeinde-Vorsteher das Vertrauen in Namen der Bürgerlichen aus, da der Gemeinde-Vorsteher den Beizenden entgegenkam, indem er die Steuern nicht erhöhen wollte. Es kommt, als ob die Widerhauer aus dem kleinen Bürgerlichen die klare Überlegung genommen haben. Wenn man bedenkt, daß bei voraussichtlich geringeren Einnahmen im neuen Jahr die Ausgaben bei dem Wohlfahrtssetat, bei den Kreissteuern und bei der Schuldenverzinsung sich ganz bedeutend steigern werden, so muß heute schon jeder Eintrittige zu der Überzeugung kommen, daß das Schuldenloch sich 1930 noch ganz anders steigern wird als 1929 oder aber es wird für die Hälftebedürftigen und Wohlfahrtsempfänger nichts mehr übrig bleiben, wenn die Schulden bezahlt werden müssen.“

Bogazie. Goldene Hochzeit. Am 18. Mai feierte unser Genosse Josef Pietras mit seiner Frau das Fest der goldenen Hochzeit. Herzlichen Glückwunsch.

Sozialdemokratische Partei Unterbezirk Breslau-Land/Neumarkt Sekretariat: Margaretenstr. 17, Gartnerei (Neubau) Zimmer 128-129 Telefon

Tausend Eiserne Gustav

Die Demonstration der Hafsmotore gegen die Technik

Am Dienstag veranstaltete die Groß-Berliner Fuhrherren-Junung eine Demonstration gegen den Berliner Stadtführerpart.

Von den frühen Morgenstunden ab bewegte sich eine seit-Prozession durch die lärmärmelsten Straßen der Reichshaupt- und Bahnstadt, eine lange Reihe schwerster Möbelwagen, d. Mörtele, Stein-, Kohlen-, Gemüse-, Matten- und Kastenwagen; ein endloser Zug, dessen Ziel der traditionelle Demonstrationsplatz Berlin, der Lustgarten, ist. Neben tausenden de Fuhrwerke sind dem Beispiel des „Eisernen Gustavs“ und glauben, durch einen massenhaften Aufmarsch, der jetzt durch die Art, wie er ausgezogen ist, einen karnevalistischen Charakter, gegen den Fortschritt der Technik, gegen die Kurven des Automobils demonstrieren zu müssen. Weder noch Trab wird gefahren.

Einen letzten Sieg jähren diese Hafsmotoren von einem PS, die Berliner die leichten Ziehpferde getauft haben, am Dienstagabend: einlaufende Wagen von je vier Meter Länge, die davon und etwas Abstand dazwischen, ergeben schließlich De monstrationzug, der nach Kilometern fortsetzt und der Polizei einiges Kopfzerbrechen verursacht und Straßensperren den Verkehr beträchtlich aufhält. Da sich die Privat- und die Geschäftsaufnahme die Omnibusse die Straßenbahnen und müssen warten, bis die gemächlichen strömenden Hafsmotoren gerufen, ihnen den Weg wieder freigeben. Und wenn sich irgendwo ein Eisenes Pferd, ein Traktor läuft, dann wird er mit Verwünschungen und Schimpfworten beobachtet. So nehmen die Hafsmotoren Rache gegen ihre Konkurrenz durch die Benzins, Diesels und Elektromotoren.

Dann nimmt man Ausstellung im Lustgarten, vom bis zur Spree, vom Schloss bis zum Alten Museum ist der Platz eine einzige Wagengang. Die Fuhrherren haben sich den Sessel des Reiterdenkmals versammelt und die Stufen zwischen den Grünflächen stehen die Kutscher, die in der Abendnacht nach Bier rufen. Der Inhalt der Reden, die Fazette-Demonstration: bei 9000 Fuhrbetrieben Berlins werden seit frühmorgens nicht mehr die Tore geöffnet, keine rumpeln mehr über das Pflaster und 80 000 Kutscher abwandern in andere Berufe. Traurig ist das, gewiß, da man sich nur nicht gut in den Lustgarten stellen kann, zu rufen: „Stellt die Autos in Brand, zertrümmert die Pneus, giebt alles Benzin in die Spree!“ da hat man in dem kleinen Magistrat einen Sündenbock gefunden, von dem die Auflösung seines Juhrparks fordert, denn wäre auch Arbeit für die Kleinen da, meint man. Und noch Häute zum Schwur reden, nicht eher zu rasten, bis Stadtführerpart Berlins in Schutz und Asche gesunken ist, wissen kaum vom Lustgarten gar nicht, wie ihnen geschieht. So viel sie haben sie noch nicht bekommen, die demonstrierenden sind nämlich so übel nicht, redlich haben sie alles mit den Händen geteilt.

20 Todesopfer in Lübeck

Wie aus Lübeck gemeldet wird, sind weiter zwei Kinder an katastrophalen Nachwirkungen des Calmette-Versagens gestorben. Damit sind 20 Todesopfer zu beklagen. Von den 61 Säuglingen, die, obwohl gleichfalls nach der Calmette-Methode behandelt, bisher gesund geblieben waren, mußten gestern drei als erkrankt gemeldet werden, davon ein Kind gleich so schwer, das Schlimmste zu befürchten ist. Es schwanken mühin gegenwärtig noch etwa zehn Kinder in unmittelbarer Lebensgefahr, immer neue Infektionen treten hinzu.

* * *

Der Preußische Minister für Volkswohlfahrt am Mittwoch wegen zahlreicher falscher Berichte den genauen Plan der vorläufigen Meinungsäußerung über die Lübecker Meine Todesfälle veröffentlicht, die von Professor Dr. Lange vom Reichsgesundheitsamt und Professor Dr. Lange vom Institut für Infektionskrankheiten „Robert Koch“ niedergelegt wurde. Diese Meinungsäußerung lautet wörtlich: „Es ist sicher gestellt, daß die Todesfälle und wahrscheinlich auch die Erkrankungen der Schutzgeführten Säuglinge, eine sogenannte „Kinderstuhltuberkulose“ sind. Zusammenstellungen über die Impfverteilung und Anwendung ergeben, daß die Erkrankungs- und Todesfälle bis jetzt ziemlich gleichmäßig auf die verschiedenen Zeiten abgegebenen Impfstoffzubereitungen verteilt sind; insbesondere sind schon auf die Fütterung der ersten Impfstoffzubereitung hin sowohl Erkrankungen wie Todesfälle aufgetreten. Diese Säuglinge und die Zeitdauer zwischen Fütterung und Auftreten ersten Krankheitsscheinungen weisen darauf hin, daß in den Impfstoffzubereitungen virulente Tuberkelbazillen vorhanden waren. Wie diese virulenten Tuberkelbazillen von lang an in die Impfstoffzubereitungen gelangt sind, ist nachgewiesen, zumal die einzige, von Calmette seinerzeit geschaffte Kultur sowie die zur Versilberung gekommenen Impfstoffzubereitungen nicht mehr vorhanden sind, schwer festzustellen. Von Lübecker Wissenschaften von der virulenten in die hochvirulente Form, sei es während der Züchtigung in künstlicher Kultur, sei es nach ihrer Versilberung im menschlichen Körper, noch den ausgedehnten Beobachtungen und Untersuchungen Menschen und Tieren in den verschiedensten Ländern sehr wahrscheinlich. Dagegen, daß im vorliegenden Falle spontane Virulenzsteigerung im menschlichen Körper durchgetreten ist, sprechen auch der Krankheitsverlauf und die Todesbefunde bei den Lübecker Säuglingen; sie sprechen auch dafür, daß die Tuberkelbazillen schon im Augenblick der Versilberung hohe Virulenz besaßen, eine endgültige Aufklärung, soweit eine solche überhaupt noch möglich wird, erfordert noch eingehende Laboratoriumsuntersuchungen, die sich auf Wochen erstrecken.“

Zeppelins Fahrt

Das Luftschiff hat gestern nachmittag Rio überfliegen. Erstmalige Erscheinen des Zeppelin bedeutete für den Haupt der Kapverdischen Inselgruppe eine mit Spannung erwartete Station. Nachdem die Bevölkerung zwei Stunden lang erwartungsvoll nach dem Luftschiff Ausschau gehalten hatte, tauchte es endlich am nördlichen Horizont auf und kam langsam näher. So niedrig, daß die Passagiere deutlich zu erkennen waren. Genaue Lage des Postamtes war der Führung anschließend an, denn das Luftschiff steuerte direkt darauf zu und ließ den Posttag, der an einem kleinen Fallschirm befestigt war, fallen. Es bewegte sich sodann über die Stadt, verweilte einige Minuten über dem Landungsplatz der Postflugzeuge und nahm mit erhöhter Geschwindigkeit Kurs nach Südwesten. Beim Aufstiegswinkel der Kapverdischen Inselgruppe ist folgender Gang zu sehen:

Wilde Welt in Berlin II.

In einem Hause im Nordosten Berlins versuchte der 20 Jahre alte Kaufmännische Angestellte Willi Preuß, den Geldbrieftäger Karl Schauer zu überfallen und zu berauben. Preuß konnte festgenommen werden. Auf dem Polizeirevier versuchte er sich durch einen Kopfschlag zu töten. Die Kugel ging jedoch fehl und drang in die linke Halsseite. Preuß, der seit Monaten arbeitslos ist, wurde so schwer verletzt, daß er kaum mit dem Leben davonzukommen durfte.

Verhaftung des Düsseldorfer Mörders?

Wie die Düsseldorfer Kriminalpolizei mitteilt, ist gestern abend ein 40jähriger Mann auf Veranlassung des Vaters eines achtjährigen Mädchens verhaftet worden. Der Mann soll das Kind auf einen Friedhof gelegt haben und beim Herannahen des Vaters des Kindes entflohen sein. Die polizeilichen Ermittlungen haben bisher nicht ergeben, ob der Verhaftete überhaupt eine strafbare Handlung beabsichtigte. Es ist auch gar kein Anhalt dafür vorhanden, daß der verhaftete Mann etwas mit den Düsseldorfer Morden zu tun hat.

Bazillenmord in Polen

Die Krakauer Polizei verhaftete eine Krankenhauslaborantin, die unter dem Verdacht steht, ihre drei Stießöhne mit Lophus- und Typhusbazillen vergiftet zu haben. Zwei der Söhne sind bereits gestorben. Die Anzeige erfolgte durch die nächste Verwandtschaft der Verbrecherin.

Calmette-Todesfälle auch in Ungarn

Als Est folgt jenen in Budapest fünf bis sechs Säuglinge, die mit dem Calmetteischen Serum geimpft worden sind, gestorben sind. Das Blatt wandte sich an die zuständigen Ärzte um Aufklärung. Diese erklärten jedoch, wie wenigstens der Az Est berichtet, daß die Frage nicht vor das Laienpublikum gehe. Zu Befragung werden in Szeged ein Arztkongress stattfinden, auf dem sie über ihre Erfahrungen mit dem Calmetteischen Serum berichterstattet werden.

Bergwerksunglück in Südafrika

In einem Kohlenbergwerk in Burchdale (Natal) ereignete sich am Dienstag eine Explosion, durch die ein Europäer und 50 bis 100 Eingeborene von der Außenwelt abgeschnitten wurden. Die Rettungsarbeiten wurden unverzüglich aufgenommen, und mehrere Eingeborene sind bereits mit Brandwunden und sonstigen Verlebungen geborgen worden. Da aber die Rettungsarbeiten längere Zeit erfordern werden, befürchtet man, die Mehrzahl der Eingeschlossenen nicht mehr lebend bergen zu können.

Die Liebe mit Sonja

Ein reicher junger Mann aus Venezuela namens Ramon de Francia vergnügte sich in Begleitung eines Mädchens, das im Montparnasse-Viertel nur unter dem Namen „Die schöne Sonja“ bekannt war, in einer Bar der sogenannten guten Gesellschaft. Plötzlich erhob sich der junge Mann unmittelbar nachdem er ein Glas Cocktail geleert hatte, tat ein paar taumelnde Schritte und fiel tot um. Die Obduktion der Leiche ergab, daß der junge Mann durch Rauschgift von außerordentlich starker und sofortiger Wirkung, wahrscheinlich durch Heroin, vergiftet worden war. In seiner Brieftasche fehlte der Betrag von 30 000 Franken.

Was die „Schöne Sonja“ betrifft, so ist sie in der ersten Aufregung aus der Bar verschwunden und seither fehlt von ihr jede Spur. In das Hotel, das sie bewohnt hatte, ist sie nicht mehr zurückgekehrt. Die Polizei hat ermittelt, daß die Sonja dem Gauner der Rauschgifte und u. a. dem Genuss des Heroin ergeben war.

2000 Opfer der Erdbeben in Persien

Aus den Ruinen in den durch die türkisch gemeldeten Erdbeben verwüsteten Bezirken sind bisher 2000 Leichen geborgen worden.

Erdstöße in Jerusalem

Geister wurden in Jerusalem schwache Erdstöße verspürt.

So werden die Passagiere des „Graf Zeppelin“ die Hauptstadt Brasiliens sehen



Rio de Janeiro, das nach dem Erreichen des südamerikanischen Kontinents das nächste Ziel des Luftschiffes ist und eine Rundung in Ausfahrt genommen ist.

ARBEIT UND WIRTSCHAFT

Sozialdemokratie und Berufsbeamte

Zur Beamtenwerbewoche

Weile Stelle der Beamtenchaft haben leider immer noch nicht erkannt, dass Rentenrecht und politischen und wirtschaftlichen Entwicklung gegenüber ganz unangemessen ist. Die Beamte muss politisch Stellung nehmen, genau wie alle Arbeiter und Angestellte; denn alle Entscheidungen über Sozialfragen, Beamtenrecht, Unterhaltsentnahmeverordnung und Pension, Rauchabgaben usw. fallen auf politische Gebiete. Dechall muss der Partei die Partei unterstützen, die als die Beamten des Obrigkeitstaates noch rechtlose, lediglich auf Petitionen angewiesene Staatsbürgen zweiter Klasse waren, in den Parlamenten für Beamtenrecht und Gehaltsverbesserungen eintrat, obwohl sich damals kein Beamter öffentlich zu ihr bekannte durfte.

Dass heute der Beamte vollwertiger Staatsbürger ist und sich wie jeder Arbeiter und Angestellte durch Gewerkschaften Einfluss auf die Gestaltung seiner Lebensbedingungen schenken kann, ist nur die Frucht des Jahrzehntelangen Ringens der Sozialdemokratie um den demokratischen Staat.

Wählen die Gegner der Sozialdemokratie immer wieder die Behauptung aufzustellen, dem Berufsbeamtenamtum drohe durch die Sozialdemokratie Gefahr, die Beamten müssen erkennen, dass es ohne die feste Sichtung gerade der verfeindeten Sozialdemokratie heute gar kein Berufsbeamtenamt mit sozialem Inhalt mehr gäbe. Nicht im Lager der SPD, sind die Gegner des Berufsbeamtenamts zu suchen, sondern bei den ungefährten Königen der Kartelle und Trusts. Die Sozialdemokratie will die Republik zu einem sozialen Staat ausbauen, der die Wohlfahrt sicherstellt. Sie will an Stelle der kapitalistischen Wirtschaft die Gemeinwirtschaft sehen, die das Wohlergehen des ganzen Volkes und darüber hinaus der ganzen Menschheit zum Ziel hat. Eine neue Ordnung soll geschaffen werden. Braucht die Partei hierzu nicht gerade die mit dem Volke fühlenden Berufsbeamten? Eine neue Gesellschaftsordnung kann nicht geschaffen werden ohne den eingearbeiteten Staatsapparat, den Beamtenkörper. Gewiss, der Beamte, der noch am alten, überwundenen Staat hängt, wird nicht mitarbeiten wollen. Mag er ehrlich sein und gehen! Die Masse der Beamten steht jedoch bei der Republik und wird mitarbeiten.

Wer sich über die Stellung der Sozialdemokratie zum Berufsbeamtenamt informieren will, der greife zum Beamtenprogramm, das die Partei auf ihrem Parteitag 1924 in Berlin aussetzte. Nach diesem Programm sollen die Beamten zu Schatzwaltern des Volkes und der Volkswirtschaft werden, zu Staatsdienern, die mit dem Volk und für das Volk wirken, und aus staatsbürglicher Pflicht durch hingehende ernste Arbeit der Volksgesamtheit dienen. Das ist die Definition, die wir dem Berufsbeamtenamt als Volksbeamtenamt geben. Auch im Volksstaat können Reich, Kinder und Gemeinden die sach- und sozialverantwortlichen, beruflich vorgebildeten Beamten nicht entbehren! Ist das nicht die volle Anerkennung des Berufsbeamtenamts? Sach- und sozialverantwortlich vorgebildet kann nur der Berufsbeamte, nicht der Wahlbeamte sein. Die Behauptung, „das Berufsbeamtenamt ist in Gefahr, die Sozialdemokratische Partei will das Wahlbeamtenamt“, ist weiter nichts als Phrase, die die Sozialdemokratie bei den Beamten in Misstrauen bringt. Glaubt ein Beamter im Ernst, dass gerade die Partei, die immer für eine bessere Sozialgesetzgebung gekämpft hat, die Hand zum Abbau von Beamtenrechten habe? W. K.

In den breiten Massen des schaffenden Volkes wird das Verständnis für die Tätigkeit der Beamten, für ihre Stellung und Besoldung wachsen, wenn die Beamten selbst mehr betonen, dass sie ein Volksbeamtenamt wollen. Mit dem Volke für das Volk! Dem können sie in ihrer dienstlichen Stellung und auch außerdiensstlich Ausdruck geben, indem sie an dem großen Befreiungswerk, das die Sozialdemokratie für das gesamte schaffende Volk durchführt, mitarbeiten, indem sie sich in den Kreis der sozialdemokratischen Parteimitglieder einreihen und für die Partei tätig sind. Dadurch wird gegenseitiges Verstehen geschaffen. Die Arbeiterschaft wird sehen, dass der Beamte trotz seiner „Vorrechte“ oft nur ein sehr beschödeter bezahlter Arbeitnehmer ist, der auch wie sie die Rüte und Sorgen des Daseins zu tragen hat. Sie wird seine Kämpfe um Sicherung und Ausbau seiner Rechte verstehen, unterstützen und fördern. W. K.

Vorbereitungen für Stockholm

Amsterdam, 21. Mai. (Eigener Drahtbericht.)

Der Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes besaß sich am Dienstag und Mittwoch in Amsterdam mit der Vorbereitung des Stockholmer internationalen Gewerkschaftskongresses.

Da der Präsident des IGB, Ulrich, wegen Krankheit verhindert ist, wird Jouhaux den Stockholmer Kongress leiten. Die Konferenz der Berufsselbstverwaltung wird von Meriens-Belgien, der Ausschuss von Leipart präsidiert werden. Als Präsident der IGB wird von den Engländern wiederum Ulrich vorgeschlagen werden. Von den englischen und den schwedischen Landeszentralen wurde die Verlegung des Sitzen der Gewerkschaftsinternationale nach Berlin beantragt, während die belgische Landeszentrale beantragte, den Sitzen in Amsterdam zu belassen. Der Vorstand nahm von einer Stellungnahme Abstand und überließ die Entscheidung dem Stockholmer Kongress.

Die Arbeitslosigkeit in Großbritannien

Die Zahl der Arbeitslosen betrug am 12. Mai 1 780 500, d. h. 27 504 mehr als in der vorhergehenden Woche und 634 888 mehr als im entsprechenden Zeitraum des Jahres 1920.

Three guten Seiten sind vorbei

Die Kommunen von Halle bei der Kandidatenauflistung für den Verbandstag der Metallarbeiter unten durch

Halle, 21. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Im Bezirk Halle ist die Auflistung der Kandidaten für die Gewerkschaftsausstellung der Deutschen Metallarbeiter-Verbands-Landesleitung abgeschlossen. Der Kommunistischen Partei ist es nur in einem einzigen Kreis, von insgesamt 48 Beiträgen, gelungen, einen Kandidaten aufzutragen; aber auch dieser hat keine Qualität, in der im Moment Zeit stattfindenden Wahlen gewählt zu werden.

Es ist sichtlich ein Zeichen der Zeit, dass der Marxist nicht einmal die Hoffnung auf eine Kandidatur einer einzigen Kommunisten zum Kandidatenauflistungstag vertritt.

Die Abwehrkampf der Kommunisten wird mit einem kleinen Erfolg beendet worden. Die vom Kandidatenauflistungstag der

Deutschen Metallarbeiter-Verbands-Landesleitung aufgestellten Kandidaten ausgebüsst. Der Kandidatenauflistungstag der

von der Mansfeld-A.G. geforderten Vohnabbaus wurden am Mittwoch zu Ende geführt. Da die Mansfeld-A.G. auf ihrer Forderung bestand und die Organisationsvertreter der Mansfelder Bergarbeiter in einem Abbau der Löhne nicht einwilligten, wurden die Verhandlungen vom Schlichter ergebnislos geschlossen, da auch der Schlichter einen fünfzehnprozentigen Vohnabbau ablehnte.

Im Anschluss daran machte der Schlichter von sich aus den Vorschlag, die Schichtlöhne, soweit sie über 6,50 Mark hinausgehen, um zehn Prozent, die unter diesem Betrag liegenden um acht Prozent zu senken. Auch dieser Vorschlag fand keine Zustimmung.

Steigende Unfallzahlen in der Landwirtschaft

Während die gewerblichen Berufsgenossenschaften im Vergleich zum Jahre 1928 im Jahre 1929 einen kleinen Rückgang der Unfälle verzeichneten konnten, ist die allgemeine Unfallziffer in den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften um 12,210 auf 202 610 und die Ziffer der erstmalig entstehenden Unfälle um 8408 auf 85 558 gestiegen. Es muss festgestellt werden, dass die technischen Aufsichtsbeamten der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften insgesamt nicht 100% seineswegs zur Kontrolle der Hunderttausende von landwirtschaftlichen Betrieben ausreichen.

Aus der Tätigkeit des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten

Zum 5. Reichsbundestag vom 25. bis 28. Mai 1930

Nach durchgeführten tödbringenden Granaten die Schlachtfelder Europas, noch stieg das Blut der besten männlichen Volkskraft fast der ganzen Welt in breiten Strömen und noch war das Ende des furchtbaren alten Kriegs nicht abzusehen, als eine kleine Schar vom Tode gestreifter Kriegsteilnehmer sich in Berlin zusammenfand, um am 17. Mai 1917 den „Bund der Kriegsbeschädigten und ehem. Kriegsteilnehmer“ zu gründen.

Als Zweck dieses Bundes wurde proklamiert: die Wahrung der gemeinsamen Interessen der Kriegsteilnehmer und Kriegsbeschädigten durch diese selbst gegenüber der Gesetzgebung wie im Wirtschaftsleben.



Das Erholungsheim des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten Christlessee b. Oberstdorf i. Allgäu

Aus der kleinen Schar der Kriegsverletzten, die eben vom Operationstisch der Lazarette entronnen, mit vereinten Kräften den Kampf ums Dasein wieder aufnahmen, wurde die größte Kriegsopferorganisation der Welt: der Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen, der vom 25. bis 28. Mai 1930 seinen 5. Reichsbundestag im schönen, goldenen Mainz veranstaltet.

Vom Militär zum Sozialrecht

Der Zusammenschluss der Kriegsopfer wurde zu einer sozialen Notwendigkeit, als sich herausstellte, dass Deutschland auf den Weltkrieg zwar militärisch einigermaßen, aber gegenüber den Folgen eines so gewaltigen und langen Kriegerkriegs sozialpolitisch völlig unzureichend vorbereitet war.

Rund 14 Millionen deutsche Männer standen 1914 bis 1918 im Militärdienst. Zwei Millionen Tote und mehr als vier Millionen Verwundete wurden in den Verlustlisten des deutschen Heeres geführt.

Das Reichsfinanzministerium gibt die Einnahmen des Reiches an Steuern, Zöllen und Abgaben für den Monat April 1930, den ersten Monat des neuen Steuerjahres 1930/31, mit 889,8 Millionen Mark an. Der erste Monat des verfloßenen Steuerjahrs 1929/30 erbrachte nur 889,4 Millionen. Die geringere Einnahme im Vorjahr entfällt in der Haushalt auf Brutto- und Verbrauchssteuern, dagegen haben sich die Zölle und Verbrauchsabgaben kaum verändert. Für den Vergleichsmonat, den Januar 1930, ergibt sich eine Gesamteinnahme von 1110,2 Millionen Mark. An dem verlängerten Umsatz im April 1930 ist die vorangegangene Einkommensteuer mit 49,5 Millionen, die Körperchaftsteuer mit 2,4 Millionen und die Umlaststeuer mit 31,0 Millionen Mark beteiligt. Bemerkbare Veränderungen sind aus der Entwicklung nicht zu ziehen, da sich das größere Umsatz im Januar einmal durch Abschluhschlüsse und weiter durch das Wiederaufnahmesteuergesetz erklären.

Die Umlaststeuer wird für April 1930 mit 104,8 Millionen Mark angegeben, gegenüber 118,7 Millionen Mark im Januar 1930 und 109,8 Millionen Mark im März 1930. Das höhere Umsatz im Januar geht auch hier auf Saisoninflaskungen (Weihnachtszeit) zurück. Die Erhebung im April gegenüber dem Januar durch die Hauptabgabe aus der Umlaststeuer beträgt 11,2 Millionen gegenüber 10,8 Millionen Mark und nur 18,45 Millionen Mark der Umlaststeuer zurückverhältnis werden, im März dagegen 20,14 Millionen Mark.

Das Umsatzmonat April 1930 und Verbrauchsabgaben im April 1930 mit 109,8 Millionen Mark verglichen lässt, ist rückläufig, im Januar und März 1930 waren wieder aufgekommen als im März 1930 die Umlaststeuer erhoben, 10,8 Millionen Mark, die Körperchaftsteuer 1,8 Millionen, die Biersteuer 10,8 Millionen, das Motorsteuermonopol 9,0 Millionen und die Schäumweinsteuer 1,2 Millionen Mark weniger als im März. Allerdings hat sich

Bergarbeiterkündigungen in Waldenburg

Nochdem die Fürstliche Bergwerksverwaltung die Siedlung des Hermannshöfts genehmigt erhalten und durchgeführt hat, wodurch zahlreiche Bergarbeiter brotlos wurden, hat die Fürstliche Verwaltung auch für den Tieftaubenhalt erhebliche Einschränkungen angekündigt. Hinzu kommt, dass Bergarbeiter, die bereits in der Siedlung zugewandert sind, keinen Platz mehr finden. Über die weiteren Maßnahmen kann sich vorläufig noch in Stillschweigen. Nach den Proben wiederholte Kündigung, die die Fürstliche Bergwerksverwaltung wiederholt gegeben hat, hat die Arbeiterschaft alles andere, ob-

Es wird wieder verhandelt

In Dortmund fanden heute die Verhandlungen über einen Rahmenvertrag für die Gruppe Nordwest der Deutschen Eisenindustrie vor dem Schlichter Professor Brahm statt. Sie blieben ohne Ergebnis und werden am Montag in Bad Oeynhausen neu gestellt.

Die vorjährigen Lohnbewegungen in der Keramik

In der Keramik wurden im Jahre 1929 insgesamt 150 Mantlaris- und 502 Lohnbewegungen durchgeführt. Lohnbewegungen erfuhren 5018 Betriebe mit zusammen 15000 Beschäftigten. Sie kommen meist ohne langanhaltende Kündigung vor. Durchsetzt werden. Wenn die Wünsche der Arbeitnehmer auch nur zum Teil in Erfüllung gelangen, so werden die Betriebe der Arbeitgeber, Verbleibserhöhung der Arbeitsbedingungen erzwingen, abgewehrt. Das wäre ohne die Geschäftsführer des Keramischen Bundes nicht möglich gewesen.

Diese Blutopfer stellten gewaltige sozialpolitische Anstrengungen an das Reich. Die Gesetzgebung war darauf keineswegs vorbereitet. Die Kriegsbeschädigten und die Kriegsverletzten hatten unter einer schwerfälligen Bürokratie und einer auf militärische Bedürfnisse eingestellten Regelung der Versorgung schwer zu leiden. Eine individuelle ergänzende Versorgung überhaupt nicht. Für die Unterbringung der Schwerbeschädigten im Produktionsprojekt war nicht im geringsten vorgesehen. Ein Rechtsaufruhr auf Heilbehandlung existierte, die Kriegsverletzten nicht. Einheitsvolle höhere Beamte und einflussreiche Persönlichkeiten wiesen schon gleich nach Anfang auf die ungünstige Mobilisierung hinsichtlich der Versorgung und Fürsorge hin. Der 1915 ins Leben gerufene Kriegsausbau für Kriegsbeschädigten- und Kriegerhinterbliebenen fürsorge versuchte auf die Regierungsstellen im Sinne einer günstigeren Gestaltung des werdenden und Auslegung des gültigen Versorgungsgesetzes einzutreten.

Mit der Umwandlung der Militärversorgung in eine sozialpolitische Kriegsopferversorgung und Fürsorge trat als Aufsichtsbehörde die Stelle militärischer Dienststellen auch die oberste Sozialbehörde des Reichs.

Durch Verordnung des Reichskanzlers vom 5. Oktober 1919 wurde daher die Zuständigkeit auf dem Gebiete der militärischen Versorgung dem neugeschaffenen Reichsarbeitsministerium übertragen.

Der gegenwärtige Leiter der Versorgungsabteilung im Reichsarbeitsministerium, Herr Ministerialrat Griesemer, weiß in einem Artikel „10 Jahre Reichsversorgungsgesetz“ darin, dass diese veränderte Problemlösung ganz besonders folgendem am augenfälligsten zufolge tritt:

Das Mannschaftsversorgungsgesetz vom 31. Mai 1919, der Vorgänger des Reichsversorgungsgesetzes, gliederte die Rentenversorgung in stark betonten Unterschied nach militärischen Dienstgraden, das neue Recht vermeidet diese Gruppierung der Rentenversorgung, lädt vielmehr statt, neben der Minderung der Erwerbsfähigkeit den früheren Beamten in Form einer gestaffelten Ausgleichszulage für die Höhe des Rentenmaßes ab, die eine Voraussetzung für die Kriegsbeschädigten gegeben werden, durch den Krieg verursachten Erkrankungen, den inneren, durch den Krieg verursachten Erkrankungen, die neue Recht schafft Gleichheit für beide Arten der Bevölkerung. Das alte Recht sieht keine vornehmste Aufgabe in der Gehrente; das neue Recht stellt neben der Gehrente die Gedanken der Fürsorge stark in den Vordergrund. Den Kriegsbeschädigten wird hier zum ersten Male, in der deutlichen Versorgungsgesetzgebung ein Anspruch auf freie Heilbehandlung eingeräumt, wenn die Erkrankung mit dem Dienstbeschädigung zusammenhängt. Weiterhin werden Versorgung und Fürsorge verhüten, in vorbildlicher Weise durch die sozialen Fürsorge ergänzt, deren Durchführung Sache der Fürsorgebehörden und Hauptfürsorgeverbände — jetzt Bezirksfürsorgeverbände und Landesfürsorgeverbände — ist.

Das Umskommen aus den Zöllen um 5,8 Millionen Mark steigt. In diesen Zahlen steht aber der Nachzoll für Kaffee und Tee.

Fortschritte auch in der Breslauer Konsumgenossenschaft

Dem monatlichen Bericht des Konsumvereins „Vormärz“ für Breslau und Umgegend entnehmen wir, dass er im April 1930 im Monat April um 22 148 Mark auf 490 902 Mark steigen konnte. Seit Beginn des Geschäftsjahres ist der Umsatz auf 4 868 884 Mark gestiegen. Es entspricht dies einer Umsatzsteigerung von 10 Prozent. Die Bäderort ist hierbei mit einer Umsatzsteigerung von 901 428 Mark beteiligt. Das in der Neustadt befindliche Kaufhaus hat seit der Zeit des Bestehens eine Umsatz von 387 022 Mark erreicht. Zu dem vorher schon bestehenden Spülzillen war in der gleichen Zeit des Vorjahrs nur ein Umsatz von 198 887 Mark zu vergleichen, so dass es freilich wolle eine Verdoppelung des Umsatzes in diesem Jahr der genossenschaftlichen Warenversorgung zu verzeichnen ist.

In einem ungewöhnlichen Kursus für Verkaufsräte wurde Warenkunde, Genossenschaftswesen und Genossenschaftslogistik behandelt. In 45 Vortragsstunden kamen vor mehr als 10 000 Teilnehmern der Film des G.W.G. „Die Fleischwaren in Breslau“ zur Vorführung. Nach dem Breslauer Gastronomieausstellung muss die Genossenschaft in Zukunft im Stadtteil Breslau auf Fleischaufzehrungen verzichten, da diese in Salzhof besondere Fleischverzehrsumfrage nicht genehmigt werden.